

**ARBEITSHEFTE AUS DEM OTTO-STAMMER-ZENTRUM
NR. 5**

Richard Stöss

Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa

Referat auf den DVPW-Kongress 2000 in Halle
im Rahmen der Sektion "Politische Soziologie"
4. Oktober 2000

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)

Berlin, April 2001

Zusammenfassung

Will der Rechtsextremismus in Europa mehr sein als die Summe nationaler Sammelbecken für Protest gegen sozialen Wandel, technologische Modernisierung und Multikulturalität, will er seine fundamentalen Ziele auch wirklich politisch realisieren, dann muss er auch global denken und handeln, dann muss er auch in der internationalen Politik als Akteur auftreten. Das Ausmaß der Vernetzung der nationalen Rechtsextremisten, die Frage insbesondere, ob es ihnen gelingt, die nationalen und internationalen Gegensätze zu überwinden, kann als ein wichtiger Indikator für die Politikfähigkeit und damit für das Bedrohungspotenzial, das vom Rechtsextremismus ausgeht, angesehen werden.

Die Untersuchung führt zu dem Ergebnis, dass sich die Kommunikation zwischen den nationalen Rechtsextremisten im Verlauf der Nachkriegszeit ständig verbessert hat. Heute besteht eine engmaschige Vernetzung, die vor allem auf intensiven Auslandskontakten, einem regen Veranstaltungstourismus und einem permanenten Informationsaustausch basiert. Der Rechtsextremismus in Europa ist mobiler und kommunikativer geworden, sein regionales Aktionsfeld hat sich ausgeweitet, der soziokulturelle Aktionsrahmen ist größer geworden, und auch die Präsenz im Europaparlament hat sich seit 1979 kontinuierlich verbesserte, wenn auch 1999 ein Rückschlag hingenommen werden musste. Die Existenz- und Erfolgsbedingungen der nationalen Rechtsextremisten gleichen sich zudem seit den siebziger Jahren infolge der ökonomischen und politischen Globalisierung in (West-) Europa an. Und auch die Programme der Euro-Rechten unterscheiden sich in den Grundzügen kaum.

Gleichwohl erscheint es nicht gerechtfertigt, von einem europäischen Rechtsextremismus im Sinne eines politischen Akteurs zu sprechen. Sein Institutionalierungsgrad ist gering, und alle Versuche, ihn in festere Formen zu gießen - geschweige denn verbindliche Strukturen oder gar internationale Organisationen zu etablieren - sind stets gescheitert. Verantwortlich dafür waren ideologische Unterschiede, nationalistische Sonderinteressen, divergierende Bündnisstrategien und persönliche Animositäten zwischen den Führern. Die Differenzen waren weitaus stärker als pragmatische Gesichtspunkte, die für Kooperation sprechen.

Der Rechtsextremismus verfügt nämlich trotz permanenter Anstrengungen seiner Vordenker über keine ideologische Rechtfertigung für internationale Bestrebungen. Allenfalls Zweckmäßigkeitserwägungen bewegen ihn zu internationaler Kooperation, soweit ihr nicht nationale Interessen im Weg stehen. Dies ist allerdings der Normalfall.

1. Problemstellung, Leitfragen, methodische Anmerkungen

Bei der wissenschaftlichen Literatur über den europäischen bzw. internationalen Rechtsextremismus handelt es sich zumeist um **komparative Studien**, die stets demselben Muster folgen: zunächst eine Einleitung, die sich mit der Definition bzw. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands befasst, dann einzelne Länderkapitel und schließlich ein vergleichendes Resümee¹. Einige Studien enthalten (überdies) eher systematische Analysen, sind aber gleichwohl komparativ angelegt². Als **eigenständiger Akteur** spielt der internationale Rechtsextremismus im wissenschaftlichen Schrifttum eine nachgeordnete Rolle. Es existieren nur wenige Untersuchungen, die sich mit der Länder übergreifenden Zusammenarbeit des Rechtsextremismus befassen³. Daneben stehen einige eher deskriptive, aber durchaus informative Reportagen vor allem über die Auslandsbeziehungen des deutschen Rechtsextremismus zur Verfügung⁴. Allerdings ist das diesbezügliche Angebot an eher journalistischen Büchern und Artikeln beachtlich, vermutlich, weil es sich oft um **Sensationsdarstellungen** handelt. Weltruhm erlangte Frederick Forsyth (1985) mit seinem 1972 erstmals erschienenen und seither häufig neu aufgelegten Bericht "The Odessa File". Die faschistische Internationale wird dabei auf ein Netzwerk von internationalen Geheimbünden reduziert, die personell eng mit höchsten nationalen Regierungsstellen und internationalen Organisationen, vom Internationalen Roten Kreuz über den Vatikan bis hin zur Nato (Müller 1991), verflochten sind bzw. (gewesen) sein sollen. Als Ausgangspunkt derartiger Netzwerke gelten die "Spinne" und die legendäre ODESSA (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen), woraus sich dann reißerische Buchtitel, wie "Die letzte Bastion – Nazis in Argentinien" (Frank 1962), "Der zweite Aufstieg der SS" (Pomorin/Junge/Biemann/Bordien 1980), "Geheime Kanäle – Der Nazi-Mafia auf der Spur" (Pomorin/Junge/Biemann 1981) oder "Die neue Nazi-Internationale" (Lang 1982) ergeben. Ob es die ODESSA als Organisation jemals gegeben hat, ist zweifelhaft. Unstrittig ist hingegen, dass derartige Netzwerke bestanden haben (Mahler 1996b⁵) und auch heute noch bestehen. Insoweit es sich dabei um Nazi-Geheimbünde oder "Rattenlinien" (Fluchtwege deutscher Nazis ins Ausland) handelt, bilden sie freilich nur eine Randerscheinung des hier zu analysierenden Vorgangs, nämlich die Vernetzung des europäischen Rechtsextremismus.

1 Beyme 1988; Butterwegge/Jäger 1992; Fromm/Kernbach 1994a; Groß/Jaschke/Schönekas 1990; Hainsworth 1992, 2000; Ignazi 1994; Kirfel/Oswalt 1989; Kitschelt 1995; Schulz 1990; vgl. a. Europäisches Parlament 1985, 1990; Ford 1992.

2 Backes 1990; Backes/Jesse 1989; Betz 1994; Fromm/Kernbach 1994b; Kirfel/Oswalt 1989(Backes 1990; Backes/Jesse 1989; Betz 1994; Fromm/Kernbach 1994b; Kirfel/Oswalt 1989.

3 Hafeneger 1990; Osterhoff 1997; Stöss 1993; Tauber 1967.

4 Habbe 1981; Haller 1981; Heidenreich/Wetzel 1989; Mahler 1996a; Peter/Sprafke 1990; Smoydzin 1966; Strothmann 1982.

5 Siehe a.: Alexandrov 1978; Bower 1984; Sánchez Salazar/Reimann 1987; Simpson 1988.

Die **Relevanz der Fragestellung** leitet sich keineswegs allein aus der Tatsache ab, dass ihr in der Forschung bislang kaum nachgegangen wurde. Dieses Desinteresse könnte darauf beruhen, dass die Frage nach der internationalen Zusammenarbeit von Rechtsextremisten auf den ersten Blick absurd erscheint: Wenn im Zentrum der rechtsextremen Ideologie Nationalismus und Ethnozentrismus stehen, wenn das Eigeninteresse von Nation und Volk zur obersten Richtschnur allen Handelns erklärt wird, wenn andere Nationen und Völker abgewertet und andere Staaten in ihrer territorialen Integrität in Frage gestellt werden, dann besteht kaum ein Anlass für internationale Kooperation, und dann ist sie erheblich erschwert. Gleichwohl wird sie – wenn auch nur teilweise – von nationalen Akteuren angestrebt und auch praktiziert. Davon kündeten Berichte und Analysen über die "Internationale des Hakenkreuzes" (Smoydzin 1966) oder die "Euro-Rechte" (Osterhoff 1997). Vielfach wird sie im rechtsextremen Lager auch schmerzlich vermisst. "Tatsache ist", so beklagt sich FRANZ SCHÖNHUBER, "dass es die Europäische Rechte nicht gibt"⁶. In seinem Lagebericht über die "Eurorechte" im Frühjahr 2000 resümiert er:

"Das einzige, was viele rechte europäische Parteien gemeinsam haben, ist das, was sie trennt. Im Gegensatz zu linken Parteien, die historische Belastungen über neue und gemeinsame Gesellschaftsordnungen überwinden wollen, sich dem Internationalismus verschrieben haben, steht für rechte Parteien der Erhalt der völkischen Substanz und die Unverletzbarkeit des nationalen Territoriums im Vordergrund. Im Zuge der immer stärker fortschreitenden Globalisierung ist diese Position nur schwer zu halten. Fiele sie aber ganz, würde unser Leben ärmer sein, die Vielfalt der Einfalt weichen müssen.

Andererseits aber sollten die Führer rechter Parteien erkennen, dass unter dem Motto 'Jeder gegen Jeden' eine gedeihliche Zusammenarbeit nicht möglich ist und sie gegen den Block sogenannter progressiver, konservativer und liberaler Kräfte auf europäischer Ebene keine Chance haben. Resultat: ein Schattendasein! Mitwirkungen an politischen Entscheidungsfindungen, beispielsweise im Europaparlament, sind nicht möglich. Diese Situation ist umso grotesker, als die Programme der feindlichen Brüder oft nahezu identisch sind." (Schönhuber 2000, 133)

Damit ist angedeutet, dass es gute Gründe für eine internationale Zusammenarbeit der extremen Rechten gibt: Im Kontext der wachsenden ökonomischen und politischen Globalisierung werden für Nationalstaaten folgenreiche Entscheidungen zunehmend in internationalen Gremien gefällt. Will der Rechtsextremismus mehr sein als die Summe nationaler Sammelbecken für Protest gegen sozialen Wandel, technologische Modernisierung und Multikulturalität, will er seine fundamentalen Ziele (Stöss 2000) auch wirklich politisch realisieren, dann muss er **auch** global denken und handeln, dann muss er **auch** in der internationalen Politik als Akteur auftreten. Dafür bestehen durchaus Voraussetzungen: Alle nationalen Rechtsextremisten folgen einer gemeinsamen (anti-demokratischen) Ideologie, ihre Programme unterscheiden sich nicht gravierend, und ihre gesell-

6 Nation & Europa, 50. Jg. (2000), H. 6, S. 56.

schaftlichen Existenzbedingungen sind nahezu identisch (die Wählerbasen der rechtsextremen Parteien in Europa sind sich in sozialstruktureller Hinsicht sehr ähnlich). Daneben lassen sich einige praktische Gründe anführen, die für internationale Kooperation sprechen. Beispielsweise werden durch die Bildung einer gemeinsamen Fraktion im Europaparlament die Ressourcenausstattung und die Interventionsmöglichkeiten der Euro-Rechten erheblich verbessert. Weiterhin sind die Aktionsspielräume der extremen Rechten infolge der unterschiedlichen Rechtssysteme in Europa teilweise deutlich begrenzt. Deutsche Rechtsextremisten können ihr Propagandamaterial oder ihre Tonträger, insoweit sie in der Bundesrepublik verboten sind, beispielsweise in Dänemark oder in den USA produzieren und von dort aus verteilen (lassen), können ihre strafrechtlich brisanten Internetangebote im Ausland einspeisen oder Veranstaltungen (z.B. neonazistische Skinhead-Konzerte), die in Deutschland schwer durchführbar sind, in andere Länder verlegen. Schließlich können Terroristen mit ausländischen Kameraden beim Aufbau von logistischen Strukturen oder bei der Gewährleistung von Unterschlupf kooperieren. Und nicht zuletzt bietet die internationale Vernetzung die Möglichkeit, andere Kulturen kennen zu lernen, mit Gesinnungsfreunden in anderen Ländern zusammen zu kommen, Erfahrungen auszutauschen, gemeinsame Aktionen durchzuführen und auch gemeinsam zu feiern.

Ich habe SCHÖNHUBER hier ausführlich zu Wort kommen lassen, weil er das Dilemma des Rechtsextremismus unter den Bedingungen der Globalisierung richtig erfasst hat: Wenn der Rechtsextremismus dogmatisch auf dem Primat von Volk und Nation beharrt, wird er sich nicht zu einer ernsthaften **politischen** Konkurrenz für die demokratischen Parteien entwickeln können (was einzelne sporadische nationale Wahlerfolge nicht ausschließt). Wenn er den Primat aufgibt, verliert er seine Identität. Und wenn er einen Mittelweg einschlägt, droht er in das Fahrwasser der konservativen Parteien zu geraten und dort zu scheitern. Das Ausmaß der Vernetzung der nationalen Rechtsextremisten, die Frage insbesondere, ob es ihnen gelingt, die nationalen und internationalen Gegensätze zu überwinden und auch als internationaler Akteur wirksam zu werden, kann als **ein** wichtiger Indikator für die Politikfähigkeit und damit für das Bedrohungspotenzial, das vom Rechtsextremismus ausgeht, angesehen werden. Die Relevanz meiner Fragestellung bezieht sich mithin auf die **Modernisierungsfähigkeit des Rechtsextremismus als einer politischen Kraft**. Selbstverständlich bildet auch der unvernetzte, nationalbornierte und anachronistische Rechtsextremismus, von entsprechenden Einstellungen über Wahlverhalten bis hin zur Ausübung von Gewalt, eine Gefahr für die Demokratie und muss daher konsequent bekämpft werden. Bilanziert man die gegenwärtige Situation in den europäischen Staaten, dann kann von einer ernsthaften Bedrohung der demokratischen Systeme allerdings nicht die Rede sein. Dies könnte sich ändern, wenn der Rechtsextremismus seine Zersplitterung überwindet und mit einem gemeinsamen, modernisierten Programm auftritt.

Mir geht es also um die Zukunftsperspektiven eines europäischen Rechtsextremismus, um seine **internen Erfolgsbedingungen** (Stöss 1999, 37 f.). Die externen, gesellschaftlich-politischen Erfolgsbedingungen in den einzelnen Ländern werden hier ebenso wenig behandelt wie die jeweilige Entwicklung und die Struktur der nationalen Rechtsextremismen oder gar einzelne Organisationen, Gruppen oder Milieus. Das **Untersuchungsgebiet** habe ich auf die Staaten der Europäischen Union eingegrenzt. Die Staaten des ehemaligen Machtbereichs der UdSSR müssen hier ausgeklammert werden, denn der Rechtsextremismus in Gesellschaften mit ungefestigter nationaler Identität unterscheidet sich grundsätzlich vom Rechtsextremismus in Staaten, in denen die "nationale Frage" von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als geklärt angesehen wird⁷. Auch die wachsende Kontakte der extremen Rechten in der EU mit osteuropäischen Rechtsextremismen⁸ können hier nicht behandelt werden. Nur soviel sei gesagt: Die westlichen Skinheads sind wesentlich besser nach Osteuropa vernetzt als die rechtsextremen Parteien.

Wenn ich den Begriff Vernetzung verwende, dann soll damit die gesamte Spannweite der möglichen internationalen - hier der westeuropäischen - Kommunikations- bzw. Kooperationsformen erfasst werden. Ich unterscheide drei Varianten:

- Erstens **unverbindliche**, zumeist individuelle, jedenfalls informelle, zeitlich vielfach begrenzte **Kommunikation bzw. Kooperation** über Ländergrenzen hinweg wie z.B. persönliche Kontakte, Veranstaltungsbesuche, Austausch von Literatur und Propagandamaterial, von Rednern und Autoren.
- Zweitens **institutionalisierte Strukturen und Aktivitäten** zwischen bzw. von **Organisationen** aus verschiedenen Ländern mit geringem Verbindlichkeitsgrad, wie z.B. gemeinsame Veranstaltungen oder Aktionen, regelmäßiger Austausch von Informationen, Delegationen usw., aber auch längerfristig angelegte politische Bündnisse.
- Drittens schließlich selbständige **internationale Organisationen** mit vereinsmäßigem Charakter (Vorstand, Satzung, Programm, Mitgliedschaft), an denen Vertreter aus mehreren Ländern beteiligt sind.

Daraus resultieren drei **Leitfragen**:

7 Das dies für Belgien nur bedingt zutrifft, kann hier nicht weiter vertieft werden.

8 Vgl. dazu z.B. Mommsen 1992, Hockenros 1993 und die entsprechenden Beiträge in Hainsworth 2000.

- Welche der genannten drei Varianten prägt den Rechtsextremismus in der Europäischen Union?
- Ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit feststellbar, ist es gerechtfertigt, von einem europäischen Rechtsextremismus im Sinne eines politischen Akteurs zu sprechen?
- Welche internen (ideologischen, programmatischen, personellen) Faktoren begünstigen transnationale bzw. internationale Kommunikations- und Organisationsstrukturen, welche Faktoren wirken sich hinderlich aus?

Abschließend sei noch auf einige methodische Probleme hingewiesen. Bei der exakten Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands türmen sich schier unüberwindliche Hindernisse auf. Dass ich im Titel des Referats bewusst auf den Begriff Rechtsextremismus verzichtet und mich für den Begriff extreme Rechte entschieden habe, verrät meine Unsicherheit. Schon für die Situation in Deutschland ist wissenschaftlich längst nicht geklärt, wo die Grenzen zwischen Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Konservatismus liegen. In Anbetracht der außerordentlich unterschiedlichen Verhältnisse in den EU-Staaten erscheint eine pauschale Abgrenzung des Rechtsextremismus von verwandten Phänomenen unmöglich, zumal sich der Rechtsextremismus überall in einem tiefgreifenden Wandel befindet. Alle bisherigen Bemühungen, dem Problem mit Typologierungen zu Leibe zu rücken (z.B. Ignazi 1994; Kitschelt 1995; Minkenberg 1998; Hainsworth 2000), haben meines Erachtens noch nicht zu befriedigenden Resultaten geführt. Zumeist wird zwischen einer alten, an faschistische Traditionen anknüpfenden Rechten und einer neuen, zeitgenössischen, "postindustriellen" Rechten unterschieden, die wiederum in eine eher moderate bzw. radikale, auf Bündnisse mit konservativen oder liberalen Parteien orientierte, Rechte und in eine eher dogmatische, auf Autonomie und auf, wie sie selbst formuliert, Authentizität bedachte Rechte unterteilt wird.

Auf den ersten Blick erscheint es durchaus plausibel, neofaschistische Organisationen (z.B. den italienischen **Movimento Sociale Italiano, MSI**, die deutsche **NPD** und die Vielzahl der **Neonazi-Gruppen** in den europäischen Ländern) gegen Parteien wie den **Front National (FN)** in Frankreich oder den belgischen **Vlaams Blok (VB)** und beide Typen wiederum gegen die **Republikaner** in Deutschland oder die österreichische **FPÖ** abzugrenzen. Zur Gruppe der moderaten neuen Rechten müsste man dann wohl auch die skandinavischen **Fortschrittsparteien**, die **Schweizerische Volkspartei**, die niederländischen **Centrumsdemokraten** und die italienische **Lega Nord** zählen, mittlerweile womöglich sogar die **Alleanza Nazionale (AN)**, die immerhin die Nachfolgeorganisation des italienischen **MSI** darstellt. Dieser Parteytyp vereint mithin eine ziemlich heterogene Mischung. Abgesehen einmal davon zeigt sich bei genauerem Hinsehen, dass die Grenzen zwi-

schen den drei Typen fließend sind, oft quer durch einzelne Organisationen verlaufen und dass einzelne Parteien in ihrer Entwicklung einen Typenwechsel erfahren bzw. angestrebt haben. Dies gilt für den Wandel des **MSI** zur **AN** oder für die deutschen **Republikaner**. Die **FPÖ** stellt zweifellos eine eher moderate Partei in der Familie der extremen Rechten dar, weist in Teilen allerdings massive Bezüge zum Nationalsozialismus auf. Und, um ein weiteres Beispiel zu nennen, neoliberale Forderungen sind keineswegs auf die **Fortschrittsparteien** begrenzt, sie finden sich ebenso bei der neuen dogmatischen Rechten, wie etwa dem **FN** oder dem **VB**. Und die moderate neue Rechte unterscheidet sich hinsichtlich ihres Ethnozentrismus nicht notwendigerweise von der alten, faschistischen oder von der neuen, dogmatischen Rechten. Sieht man einmal von der moderaten neuen Rechten ab, die im politischen Spektrum ihren jeweiligen Ländern zwar weit rechts angesiedelt sind aber keineswegs durchgängig als rechtsextrem gelten, dann fällt auf, dass sich die (einst) mehr oder weniger erfolgreichen Organisationen der extremen Rechten, vor allem in Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien, in einer tiefen inneren Krise befinden. Die – oft die Existenz der Organisationen tangierenden - Konflikte folgen allenthalben demselben Muster: Es geht um die ideologisch-programmatische Modernisierung und, damit eng verbunden, um die Bündnisfrage: systemkritische Autonomie oder Öffnung gegenüber konservativen bzw. liberalen Parteien. Als Beispiele seien die Rivalitäten zwischen LE PEN und MÉGRET in Frankreich, zwischen RAUTI und FINI in Italien oder zwischen SCHÖNHUBER und SCHLIERER in Deutschland genannt (beteiligt sind also alle drei Typen!).

Neuerdings wird der Populismus häufiger als Abgrenzungskriterium herangezogen. Vor allem die neue moderate Rechte gilt als Vertreterin dieses Politikkonzepts. Betrachtet man allerdings die neue extreme Rechte genauer, dann wird man auch dort kein Defizit an Populismus feststellen. Als herausragende Beispiele seien LE PEN und SCHÖNHUBER genannt.

Für den Zweck meiner Untersuchung erscheint eine exakte Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands und seine präzise typologische Strukturierung entbehrlich. Ich unterscheide zunächst zwischen drei ideologisch-strategischen Positionen, mittels derer die einzelnen Organisationen oder Teile von ihnen grob charakterisiert werden:

- eine gemäßigt nationalistische, eher systemkonforme Position,
- eine nationalistische bzw. völkische, eher systemkritische Position und
- eine faschistische⁹ bzw. rassistische, eher systemfeindliche Position.

9 Dies schließt neofaschistische und (neo)nazistische Tendenzen ein.

Grenzfälle und Unklarheiten werden damit keineswegs vermieden, sie spielen bei der Analyse der Vernetzung der extremen Rechten allerdings kaum eine Rolle.

Meine Untersuchung beruht nicht auf einer systematischen Datenerhebung. Die Datenbasis ist das Ergebnis des "Sterntaler-Approachs": Ich habe mich seit Anfang der siebziger Jahre bemüht, möglichst viele Informationen über die Vernetzung des westeuropäischen Rechtsextremismus in der Nachkriegszeit zusammen zu tragen, wobei (notwendigerweise) der Zufall Regie führte. Ich war – bis zum Beginn des Internet-Booms im Rechtsextremismus – auf Lieferanten angewiesen, die mich in schwankender Intensität bedient haben. Das Ergebnis ist zwar eine umfangreiche Materialsammlung. Allerdings verfüge ich über keinerlei gesicherte Kriterien, um ihre Vollständigkeit zu beurteilen. Allein aus den lückenhaften Periodika-Beständen muss gefolgert werden, dass die Sammlung sehr defizitär ist. Dennoch lässt sich mein Gesamtbefund, dass nämlich der Rechtsextremismus in Europa außerordentlich schwach vernetzt ist, durch eine überwältigende Fülle von Fakten, nicht zuletzt durch Einschätzungen beteiligter Politiker, absichern. Die Einzelbefunde werden exemplarisch belegt. Die Belege erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

2. Unverbindliche Kommunikation bzw. Kooperation

Zunächst einige globale Eindrücke: Aus meiner Kenntnis der Situation seit 1945 besteht überhaupt kein Zweifel daran, dass die vorherrschende Kommunikationsform des europäischen Rechtsextremismus - jedenfalls bis zur Einführung des Internets - der unverbindliche, informelle, weithin auf persönlichen Bekanntschaften beruhende Kontakt ist. Vorherrschend sind Auslandsreisen von rechtsextremen Akteuren oder Mitläufern, zumeist verbunden mit Veranstaltungsbesuchen oder Vortragstätigkeiten, sowie der Handel, Versand oder Austausch von Druckerzeugnissen, Tonträgern, NS-Devotionalien, Fan-Artikeln etc. Die Anzahl der Kontakte und Begegnungen ist natürlich nicht bekannt. Soweit Informationen an die Öffentlichkeit gedrungen sind, dürfte es sich nur um die Spitze des Eisberges handeln. Aus zeitlichen Gründen muss ich hier darauf verzichten, dafür Beispiele aufzulisten.

Eine besondere Bedeutung hatte bei derartigen Kontakten die **Revisionismuskampagne** (Nüske 1994, Virchow 1996; s.a. Benz 1992), die zwar in Deutschland (noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges) gestartet wurde aber erst öffentliche Beachtung fand, als auch ausländische Autoren die Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg bezweifelten und den Holocaust relativierten oder gar in Frage stellten. 1961 lastete der amerikanische Historiker DAVID L. HOGGAN die Schuld am Krieg vor allem den Engländern an und exkulperte Hitler großzügig. 1963 bezeichnete der französische

Professor PAUL RASSINIER den Holocaust als "Geschichtsfälschung", und 1976 sprach der amerikanische Professor ARTHUR R. BUTZ in diesem Zusammenhang sogar von einem "Jahrhundert-Betrug". Mit der Ausweitung der Revisionismuskampagne auf Westeuropa und Nordamerika mehrte sich die Anzahl der öffentlichen Veranstaltungen gegen "Kriegsschuldlüge" und "Auschwitzlüge". Besondere Aktivitäten entfalten dabei der britische Schriftsteller DAVID IRVING, der seit 1986 von Dänemark aus agierende deutsche Nazi THIES CHRISTOPHERSEN, der Deutsch-Kanadier ERNST ZÜNDEL, der US-Amerikaner FRED A. LEUCHTER, die Österreicher WALTER OCHENSBERGER und GERD HONSIK sowie der Schweizer MAX WAHL.

Die Internationale der Revisionisten gründete sich nicht nur auf eine gemeinsame Gesinnung (nirgendwo im deutschen und internationalen Rechtsextremismus bestehen so wenig Meinungsverschiedenheiten wie beim Revisionismus), sondern auch auf Zweckmäßigkeitserwägungen hinsichtlich staatlicher Repression. Da vor allem in Deutschland die Rechtslage vergleichsweise restriktiv ist, nutzen die Revisionisten die liberaleren Verhältnisse beispielsweise in den USA oder in Dänemark aus, um ihre Traktate von dort aus zu verteilen. In diesem Zusammenhang gewinnt die 1985 in Belgien gegründete Stiftung **Vrij Historisch Onderzoek (VHO)** zunehmend weltweit an Bedeutung. Sie gibt unter anderem die **Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung (VffG)** heraus, die unter Revisionisten ein hohes Ansehen genießt und einen guten Überblick über die Ergebnisse und Debatten des internationalen Revisionismus vermittelt. Chefredakteur ist der deutsche Revisionist GERMAR SCHEERER (früher: G. RUDOLF), der sich einer Verhaftung in der Bundesrepublik (Volksverhetzung) durch Flucht ins Ausland entzog.

In diesem Zusammenhang ist auch die 1972 entstandene und von GARY LAUCK geführte **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)** mit Sitz in Nebraska (USA) zu nennen, die zwar häufig zu den internationalen rechtsextremen Organisationen gezählt wird, tatsächlich aber wohl kaum mehr als eine Agentur für die Verteilung von NS-Schulungs- und Propagandamaterial darstellt. Sie verfügt(e) über Stützpunkte in Großbritannien, Schweden, Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien und Ungarn.

Mit der Einrichtung des **Internet** (Dietzsch/Maegerle 1996; Bundesamt für Verfassungsschutz 2000a) haben sich auch die (internationalen) Kommunikationsbedingungen des Rechtsextremismus erheblich verbessert, zumal hier die Zugriffsmöglichkeiten der Verfassungsschutzämter deutlich erschwert sind. Mittlerweile verfügen wohl jede rechtsextreme Organisation und alle sich für bedeutsam haltenden rechtsextremen Personen in Westeuropa und in Amerika über eine eigene Homepage. Spezielle Mailboxen sorgen für einen weltweiten und partiell durch Passwörter ge-

geschützten Informationsaustausch mit hierarchisch gegliedertem Zugang (Gast, User, Aktivist, Kader). 1993 wurde das organisationsübergreifende **Thule-Netz** eingerichtet, dem mehrere Mailboxen angehören. Bald folgten weitere Netze, die, wie das **NPD-net**, auch kommerzielle Dienstleistungen anbieten. Auch im Internet ist die Tendenz erkennbar, Homepages auf Servern in solchen Ländern (v.a. USA) einzurichten, wo die Meinungsfreiheit einen hohen Stellenwert genießt und auch rechtsextreme Äußerungen als schützenswert angesehen werden. Obwohl sich das Internet mittlerweile zum vorrangigen Kommunikationsmedium des Rechtsextremismus entwickelt hat, muss allerdings bezweifelt werden, dass dieser dadurch eine neue Qualität im Sinne eines internationalen Akteurs erreicht hat.

Weiterhin finden auf europäischer Ebene unterhalb der Kooperation zwischen Organisationen einige regelmäßige Zusammenkünfte statt, die teilweise durchaus Massencharakter haben:

- An erster Stelle sind die alljährlichen Treffen von bis zu mehreren tausend europäischer Rechtsextremisten anlässlich der im August stattfindenden **Ijzer-Wallfahrt** in Diksmuide/Westflandern (Belgien) zu nennen, die 1999 zum zweiundsiebzigsten Mal erfolgte¹⁰.
- Anlässlich des Todestags von **Rudolf Hess** (17.8.1987) finden jährlich **Gedenkveranstaltungen** (Märsche, Aktionswochen) unter starker Beteiligung ausländischer Rechtsextremisten statt. Dabei weichen die Veranstalter in der letzten Zeit zunehmend auf Orte außerhalb der Bundesrepublik aus, zumeist in Dänemark. Im August 1998 wurde der Gedenkmarsch, an dem sich Neonazis vor allem aus Norwegen, Schweden Dänemark und Deutschland beteiligten, vom Chef der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (**Danmarks Nationalsocialistiske Bevaegelse, DNSB**), JONNI HANSEN organisiert. 1999 fanden sogar zwei rivalisierende Aufmärsche statt: Der der dänischen **Blood & Honour**-Sektion (8. August) wurde nach kurzer Zeit von der dänischen Polizei aufgelöst. Eine Woche später marschierten auf Initiative der **DNSB** rund 120 Neonazis durch das dänische Städtchen Greve. Weitere Hess-Veranstaltungen wurden in Bern und Prag durchgeführt.
- Jedes Jahr im November versammeln sich in Madrid mehrere tausend Rechtsextremisten aus Spanien und anderen westeuropäischen Ländern anlässlich der **Gedenkfeiern** zu den Todestagen von **Franco** und dem Falange-Gründer **Primo De Rivera**.

¹⁰ Die Wallfahrten finden seit 1920 zu den Gräbern an der Ijzer der im Ersten Weltkrieg gefallenen flämischen Soldaten des belgischen Heeres statt. 1924 wurde in Diksmuide ein Gelände gekauft, auf dem man ein Ehrenmal für die Soldaten errichtete. 1946 wurde es durch einen Sprengstoffanschlag zerstört, später wiederhergestellt.

- Im Herbst findet in Kärnten das traditionelle **Ulrichsbergtreffen** statt, bei dem sich unter anderem ehemalige Mitglieder der Waffen-SS aus den verschiedensten europäischen Ländern versammeln.
- Wachsende Bedeutung für internationale Kontakte erlangt offenbar das jährlich stattfindende Parteifest **"Bleu-Blanc-Rouge"** des französischen **Front National (FN)**, an dem sich rechts-extreme Delegationen aus vielen Ländern beteiligen.
- Auf Initiative von BERNHARD C. WINTZEK (dem "Mut"-Verleger) fand am 16./17. September 1972 der **Erste Nationaleuropäische Jugendkongress (NEC)** in Planegg bei München statt, an dem sich immerhin über 1000 junge Leute aus 13 Ländern versammelt hatten. Im Juni des folgenden Jahres konnte noch ein zweiter **NEC**-Kongress in Flandern veranstaltet werden. Damit war die Initiative WINTZEKS für einen jährlichen europäischen Jugendkongress jedoch gescheitert.
- 1994 knüpften die **Jungen Nationaldemokraten (JN)**, die Jugendorganisation der **NPD**, an diese Tradition an: 1997 fand ihr 4. **Europäischer Kongress der Jugend** in Bayern statt. Unter den rund 500 Teilnehmern befanden sich Gäste aus 11 verschiedenen Ländern. Der 5. Kongress wurde 1998 von einer rechtsextremen griechischen Jugendorganisation (**Golden Dawn**) in Thessaloniki ausgerichtet, den 6. veranstalteten im folgenden Jahr wiederum die **JN** in Bayern. Unter den rund 500 Teilnehmern sollen sich Gäste aus Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Litauen, Österreich, Rumänien, Schweden und den USA befunden haben.

Schließlich ist die internationale Szene der **Nazi-Skins** zu erwähnen (Farin 1998; Bundesamt für Verfassungsschutz 2000b). Ihr Mentor ist der 1993 bei einem Unfall ums Leben gekommene Sänger der britischen Nazi-Kultband **Skrewdriver**, IAN STUART DONALDSON, ein militanter Rassist und Antisemit. Die 1977 entstandene Band gehörte zunächst dem **White Noise Club**, einer Vorfeldorganisation der **British National Party (BNP)** für rassistische Skin-Bands, an. 1985 trennte sich DONALDSON von der **BNP** und gründete 1987 mit gesinnungsverwandten Bands die Vereinigung **Blood & Honour** (Blut und Ehre, Aufschrift auf dem Fahrtenmesser der HJ), die sich stark am historischen Nationalsozialismus orientiert und musikalisch für die "Weiße Rasse" eintritt. Sie verfügte bald auch über "Divisionen" in Nordamerika und in vielen europäischen Staaten, vor allem in Skandinavien, in Deutschland und in Osteuropa. **Blood & Honour** kämpft mit den aus den USA stammenden **Hammerskins** um die Vorherrschaft in der Nazi-Skinszene. Die **Hammerskins** sind nicht weniger rassistisch, aber eher proletarisch (ihr Emblem, zwei gekreuzte Zimmermannshämmer, soll die Macht der weißen Arbeiterklasse symbolisieren) und elitär ausgerichtet. Die zumeist von mehreren tausend Fans besuchten und in der Regel nur durch Mundpropaganda angekündigten **Skinhead-Konzerte** (in Deutschland wurden bis zu 2000 Besucher gezählt) fungieren als Ort

der personellen Kommunikation zwischen Skinheads aus aller Herren Länder und als Börsen für Informationen, Tonträger und rassistisches Propagandamaterial. Im Laufe der Zeit entwickelte sich **Blood & Honour** von einer Kultgruppe rechter Skinheads zu einer militanten neonazistischen Organisation (s. dazu Abschn. 3a).

Insgesamt ist für diese Art der Vernetzung entscheidend, dass es sich dabei nur um Kontakte und Begegnungen handelt, die nicht institutionalisiert sind, oft sogar spontan erfolgen und unverbindlich bleiben. Bestehende ideologisch-programmatische oder strategische Differenzen behindern die Kommunikation kaum, sie werden allenfalls diskutiert – aber ohne Konsens- bzw. Kompromisszwang. Die unverbindliche Kommunikation bzw. Kooperation hat sich im Laufe der vergangenen fünfzig Jahre zunehmend verdichtet, was durch die Erhöhung der gesellschaftlichen Mobilität und die verbesserten Kommunikationstechniken begünstigt wurde.

3. Institutionalisierte Strukturen und Aktivitäten

Die Grenze zwischen Länder übergreifenden institutionalisierten Strukturen und Aktivitäten von Organisationen einerseits und von internationalen Organisationen andererseits ist nicht immer leicht zu bestimmen. Grosso modo gilt, dass internationale Organisationen vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren gegründet wurden, während in der jüngsten Vergangenheit Bemühungen um eine institutionalisierte Kooperation dominierten. Dabei sind zwei Bereiche zu unterscheiden: der europäische Terrorismus und die parlamentarisch orientierte Euro-Rechte.

a) Terrorismus

Es waren wohl vor allem pragmatische Gründe, die die institutionalisierte Kooperation von neonazistischen Terrorgruppen in Europa beflügelten¹¹. Denn die Logistik des Terrorismus ist notgedrungen eine übernationale Angelegenheit. Dabei geht es vor allem um die Beschaffung von Waffen, Munition, Sprengstoff und Geld, aber auch um Fluchthilfe und die Gewährleistung von Unterschlupf.

11 Rosen 1989; Björge/Witte 1993; Harris 1994, 107 ff.; Mahler 1996a; Fromm 1998.

1984 gründete MICHAEL KÜHNEN die **Aktionsfront Nationaler Sozialisten - Auslandsorganisation (ANS-AO)**, in enger Zusammenarbeit mit der von MICHEL CAIGNET geführten **Faisceaux Nationalistes Européens (FNE)**. Ende August, Anfang September 1985 fand in Paris das "Erste Europäische Führerthing" statt, auf dem die **Europäische Bewegung (EB)** gegründet wurde. Beteiligt waren Gruppen aus Großbritannien, der Bundesrepublik, Spanien (**Circulo Espanol de Amigos de Europa, CEDADE**), Niederlande, Schweden, Portugal und Frankreich. Das zweite Führerthing richtete die britische **National Action Party (NAP)** im März 1986 in der Nähe von London aus. Im Sommer des Jahres griff die in der bundesdeutschen **Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)** geführte Homosexuellen-Debatte auf die **EB** über. CAIGNET wurde wegen angeblicher Homosexualität seiner Ämter enthoben, und der Belgier JIMMY BOSMANS übernahm die **EB**-Leitung. Später trennte sich die **EB** auch von dem homosexuellen KÜHNEN und erkannte MOSLER als den deutschen Repräsentanten der **EB** an¹². Auf dem dritten Führerthing im September 1986 in Belgien nahmen erstmals auch dänische Neonazis (**DNSB**) teil. Ein Jahr später, auf dem vierten, von der Mosler-Gruppe ausgerichteten Führerthing, waren auch Kameraden aus Österreich anwesend. Neuer Generalsekretär wurde PAUL RIIS-KNUDSEN, damals Chef der dänischen **DNSB** und übrigens auch der **World Union of National Socialists (WUNS)**, der im September 1987 das fünfte Führerthing organisierte. Die Arbeit der **EB** wurde mehr und mehr durch interne Auseinandersetzungen und internationale polizeiliche Maßnahmen erschwert. Zugleich ging auch die Anzahl terroristischer Gewalttaten drastisch zurück. 1988 und 1989 konnte offenbar kein Führerthing stattfinden, jedenfalls sind darüber keine Informationen in die Öffentlichkeit gelangt.

In diesem organisatorischen Zusammenhang standen auch die Bemühungen, den **Geburtstag Hitlers** (20.4.1889) regelmäßig auf einer internationalen Veranstaltung zu begehen. Besonders intensiv wurden die Feierlichkeiten zu seinem 100. Geburtstag im April 1989 geplant.

Bereits am 26. Mai 1984 wurde in Madrid das **Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH)** gegründet. Zu den Initiatoren zählten MICHAEL KÜHNEN, der Organisationsleiter der **ANS-AO**, sein Stellvertreter THOMAS BREHL, der **FAP**-Aktivist und spätere Kühnen-Rivale, JÜRGEN MOSLER, der Chef der französischen **FNE**, MICHEL CAIGNET, sowie LEON DEGRELLE und WALTER MATTHAEI. Der 84jährige DEGRELLE, Ehrenvorsitzender des **KAH**, war Gründer der belgischen Kollaborationsbewegung Rex Nationale und dann Kommandeur der SS-Division Wallonien. 1945 in Belgien als Kriegsverbrecher in Abwesenheit zum Tode

12 Die Auseinandersetzungen griffen auch auf das **KAH** über und drohten die Vorbereitungen für die Hitler-Feierlichkeiten zu beeinträchtigen. Daher kam es im Januar 1989 zu einem "Burgfrieden" zwischen den verfeindeten Flügeln.

verurteilt und ausgebürgert, floh er nach Spanien, wo er bei Insidern als der "letzte Faschistenführer" gilt. MATTHAEI, 73, von den Neonazis respektvoll "Capitan Walter" genannt, war während der Nazizeit beim Reichssicherheitshauptamt beschäftigt und zählte nach 1945 zu den führenden Vertretern der 1952 verbotenen **Sozialistischen Reichspartei (SRP)**, war Gründer und Bundesführer der 1994 verbotenen **Wiking Jugend (WJ)** und stellte sich noch in den fünfziger Jahren dem spanischen Faschistenführer BLAS PIÑAR als Jugendausbilder zur Verfügung. MATTHAEI gilt als Experte für "verdeckten" Krieg und Guerilla-Kampf. Mit von der Partie waren neben weiteren westdeutschen Neonazis vor allem Kameraden aus Norwegen, Österreich, Irland, Frankreich, Spanien (**CEDADE**), Belgien (**Vlaams Militanten Orde, VMO**) und Dänemark (**DNSB**). Das in Madrid für den 20.4.1989 mit Tausenden von Hitler-Anhängern geplante "Super-Thing" war dann aber von den Behörden verboten worden. Gut 300 Rechtsextremisten lauschten an einem Ausweichort den Worten von PEDRO VARELA GEISS (**CEDADE**) und THIES CHRISTOPHERSEN, dem Verfasser der "Auschwitzlüge". Die zentrale Kundgebung in der Bundesrepublik fand mit 50 Neonazis im Odenwald statt. Sie dauerte ganze 40 Minuten und musste ohne KÜHNEN stattfinden, der sich einer Blinddarmoperation unterzog. KÜHNEN hatte gerade eine Haftstrafe absolviert (1985-88) und gründete 1989 die **Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)**, mit der er seine Anhänger zusammenfasste und sie zugleich national und international vernetzte. Er verstarb 1991, und seit Ende 1992 wurden in der Bundesrepublik in relativ kurzer Folge 12 neonazistische Organisationen verboten.

Die Fortsetzung militanter neonazistischer Strukturen erfolgte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre schrittweise innerhalb der Skinhead-Szene. Eine herausragende Rolle spielt dabei das mittlerweile in 20 Ländern aktive Netzwerk **Blood & Honour**. Die 1994 gegründete deutsche Sektion mit etwa 300 Mitgliedern und ihre Jugendorganisation **White Youth** wurden im September 2000 vom Bundesinnenminister verboten¹³. **B & H** hatte 1999 rund ein Drittel der 105 ermittelten Skinhead-Konzerte organisiert und galt als Avantgarde der Neonaziszene, die regelmäßig Wehrsportübungen durchführte und feste Kontakte zu gewalttätigen Neonazigruppen vor allem in Skandinavien unterhielt. **B & H** verfolgte offenbar eine Doppelstrategie: Schaffung von terroristischen Untergrundstrukturen und Annäherung an die, durch das Parteienprivileg geschützte, **NPD**. Eine Zeit lang habe es so ausgesehen, so der Fachjournalist Frank Jansen, als diene sich **B & H** der **NPD** als "eine Art SA-Flügel" an¹⁴. In Großbritannien war die Muttersektion von **B & H** schon früh unter den Einfluss der neonazistischen Terrorgruppe **Combat 18**¹⁵ geraten, die als ihr "bewaffneter Arm" gilt. Auch die norwegische Sektion predigt den offenen Kampf. Ihr Chef, ERIK BLÜCHER

13 Das Verbot des **Hamburger Sturms** im August 2000 ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Dessen Mitbegründer, TORBEN KLEBE, war auch **B & H**-Aktivist.

14 "Keine Ehre mehr", in: Der Tagesspiegel v. 15.9.2000, S. 2.

15 18 steht für den ersten und den achten Buchstaben im Alphabeth: A(dolf) H(itler).

(Pseudonym: MAX HAMMER) kooperiert eng mit der dänischen Sektion unter MARCEL SCHILF und mit schwedischen Neonazis, mit der **Nationalsozialistisk Front** und der dortigen **B & H**-Sektion. Schweden galt 1999/2000 nach vier Toten, vier Schwerverletzten und mehreren Anschlägen durch Neonazis als Zentrum und Drehscheibe der Neonazi-Bewegung in Europa. Zwischen dem **Combat 18**-Anführer WILL BROWNING, BLÜCHER, SCHILF und dem deutschen **B & H**-Chef STEPHAN LANGE (Pseudonym: PINOCCHIO) fanden offenbar regelmäßige Treffen statt. Sie kontrollieren einen erheblichen Teil des außerordentlich lukrativen Geschäfts mit Neonazimusik in Europa. Nach einem derartigen Treffen Ende 1999 in Oslo warnte das niedersächsische Landeskriminalamt sogar bedrohte Personen, unter anderem den Göttinger DGB-Kreisvorsitzenden, vor Briefbombenanschlägen.

Die Kooperationsbereitschaft unter militanten neonazistischen Gruppen beruht aber nicht nur auf pragmatischen Gründen. Gemeinsam ist ihnen auch die Orientierung am historischen Faschismus bzw. Nationalsozialismus. Aber selbst dabei kommt es zu Auseinandersetzungen beispielsweise zwischen Sozialfaschisten, Falangisten, "Hitleristen", "Strasseristen", Röhm-Anhängern und Verehrern der Waffen-SS.

b) Euro-Rechte

Auch die Entstehung der Euro-Rechten verdankte sich weniger ideologisch-programmatischen Gesichtspunkten, sondern dem Umstand, dass seit 1979 die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt gewählt werden. Daher verhandelte der Chef des **Movimento Sociale Italiano (MSI)**¹⁶, GIORGIO ALMIRANTE, bereits im Januar 1978 mit dem Führer der spanischen **Fuerza Nueva (FN)**, BLAS PIÑAR, in Madrid über die Bildung einer Euro-Rechten (Euro-Destra). Im Februar des Jahres kam es dann zu einem Aktionsbündnis zwischen **MSI** und **FN**, das im April 1978 in Rom eine Arbeitstagung und anschließend in Neapel eine Großkundgebung mit 40.000 Besuchern abhalten konnte. Mit von der Partie war mittlerweile auch die französische **Parti des Forces Nouvelles (PFN)**, eine 1974 entstandene Nachfolgeorganisation des **Ordre Nouveau**, der sich ein Jahr zuvor von dem **Front National (FN)** LE PENS getrennt hatte. ALMIRANTE bemühte sich zudem um die Zusammenarbeit mit konservativen Gruppierungen in anderen Ländern, allerdings auch mit der britischen **National Front (NF)**, was bei der französischen **PFN** auf Ablehnung stieß. Man verweigerte die Zusammenarbeit mit militanten Rechtsextremisten (übrigens auch mit der deutschen **NPD**). Das im Juni 1978 in Paris beschlossene Projekt einer gemeinsamen Teilnahme an der Europawahl scheiterte am Ende wegen Differenzen in der Bündnisfrage und fehlenden Bünd-

16 Seit 1972: **MSI/DN (Destra Nazionale)**.

nispartnern. Da Spanien erst 1986 der EG beitrug, konnte sich nicht einmal die **FN** an der Wahl beteiligen. Der **MSI** kandidierte als einzige der traditionsreichen rechtsextremen Parteien und erreichte 4 Sitze im Europaparlament, wo er vollkommen isoliert war. Die populistische dänische "**Fremskridtpartiedt**"¹⁷ erlangte ein Mandat und schloss sich der "Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt" an. Eine Kooperation mit rechtsextremen Parteien kam für GLISTRUP nicht in Betracht. 1990 sperrte er sich sogar ostentativ gegen "Annäherungsversuche" (Osterhoff 1997, 252) von LE PEN. Dies gilt erst recht für seine Nachfolgerinnen KJÆRSGAARD bzw. JACOBSEN, die wesentlich energischer darauf abzielen, sich zu respektablen Koalitionspartnern für die Konservativen und Liberalen zu entwickeln.

Im Vorfeld der Europa-Wahl 1984 fanden keine Gespräche über eine Wahlplattform der rechtsextremen Parteien statt. Bei der Wahl erzielten rechtsextreme Parteien, nicht zuletzt infolge des Aufstiegs des **FN** LE PENS, ein vergleichsweise gutes Wahlergebnis. Die 16 MdEP schlossen sich unter Vorsitz von LE PEN zur Fraktion "**Groupe des Droites Européennes**" zusammen. Der **FN** hatte zehn Mandate erreicht, der **MSI** fünf und die griechische **Nationale Politische Union (Ethniki Politiki Enosis, EPEN)** ein Mandat.

Mittlerweile war die französische **PFN** auseinander gebrochen und die spanische **Fuerza Nueva** hatte sich selbst aufgelöst (1982). PIÑAR gründete 1986 als Schwesterpartei des französischen **FN** die **Frente Nacional (FN)**, die sich an der Euro-Rechten beteiligte. 1987 bemühte sich die Jugendorganisation des französischen **FN**, die **Front National de la Jeunesse (FNJ)**, unter Leitung von MARTIAL BILD um eine europäische Jugendinternationale. Im Juli 1987 wurde auf einer Konferenz in Rom ein "Manifest für die Jugend Europas" verabschiedet, und im September konnte das **Mouvement de la Jeunesse d'Europe (MJE)** als Jugend-Dachorganisation der im Europäischen

17 Die **Fortschrittspartei** war 1972 von dem "Steuerrebell" MOGENS GLISTRUP als hauptsächlich gegen direkte Steuern gerichtete, aber auch korporatistisch orientierte Partei gegründet worden. 1973 wurde sie mit 15,9% zweitstärkste Kraft im dänischen Parlament. Bis 1984 sackte sie jedoch auf 3,6% ab. GLISTRUP musste nämlich eine Haftstrafe wegen Steuerhinterziehung ableisten. Danach schlug er einen betont rassistischen Kurs ein, womit er allerdings eher Rentner als mittlere und jüngere Generationen mobilisieren konnte (1988: 9,0%). Zunehmend in der eigenen Partei isoliert, gründete er kurz vor den Wahlen des Jahres 1990 eine neue Partei, die aber scheiterte. Unter der Führung seiner Nachfolgerin PIA KJÆRSGAARD erreichte die **Fortschrittspartei** 1990 zwar nur noch 6,4%, konnte dieses Resultat aber 1994 halten. 1995 kam es zu einem Machtkonflikt innerhalb der Parlamentsfraktion. KJÆRSGAARD verließ die Partei mit ihren Anhängern und gründete die **Dänische Volkspartei (Dansk Folke Parti)**, die bei den Wahlen von 1998 das Wählererbe der **Fortschrittspartei** antreten konnte: Erstere erzielte 7,4%, letztere 2,4%. Immerhin brachten es beide Parteien, die sich programmatisch (neoliberal bzw. neokonservativ und rassistisch) kaum von einander unterscheiden, angesichts der gewachsenen fremdenfeindlichen Stimmung im Lande auf knapp 10%. Dass die **Fortschrittspartei** die Sperrklausel (2%) überwinden und vier Mandate erreichen konnte, verdankte sie ausschließlich der populären Vorsitzenden KIRSTEN JACOBSEN, die den Parteivorsitz mittlerweile aber aufgegeben hat, was das Ende der **Fortschrittspartei** bedeuten dürfte. Bei der Europawahl 1999 zog die **Dänische Volkspartei** mit einem Mandat in das europäische Parlament ein. Vgl. insges. Kitschelt 1995, 121 ff.; Andersen/Bjørklund 2000; Osterhoff 1997, 251 f.

Parlament vertretenen Euro-Rechten aus der Taufe gehoben werden. Generalsekretär wurde CARL LANG. Im April 1988 lud das **MJE** nach Straßburg zu einem Treffen europäischer Jugendorganisationen ein, an dem sich 500 Teilnehmer aus 20 Staaten beteiligten.

Trotz der Verdichtung der Kontakte zwischen den Parteien der Euro-Destra setzten erst nach der Europa-Wahl im Juni 1989 Bemühungen um eine Fraktion aller rechtsextremen Europa-Parlamentarier ein. Deren Zahl hatte sich, vor allem wegen des Wahlerfolges der bundesdeutschen **Republikaner (REP)** auf 23 erhöht. Vertreten waren nun neben dem französischen **FN** (10 Mandate) und dem **MSI** (4) die **REP** (6), der belgische **Vlaams Blok (VB)** (1) und die oberitalienische **Lega Lombarda** (2). Die griechische **EPEN** hatte kein Mandat erhalten. In Lissabon scheiterte im Juli 1989 der Plan, alle rechtsextremen Abgeordneten in einer Fraktion zusammenzufassen, weil sich die Deutschen und die Italiener wieder einmal über die Südtirol-Frage in die Haare gerieten. Und wie gehabt unterstützten die rechtsextremen Parteien mehrheitlich (wenn auch teilweise mit großen Bedenken) die deutsche Position gegen die Italiener, die wieder einmal isoliert waren. Noch im Juli 1989 verständigten sich LE PEN, SCHÖNHUBER und KAREL DILLEN (**VB**) auf die Bildung einer "**Technischen Fraktion der europäischen Rechten**" im Europa-Parlament, die über 17 Mandate verfügte. Eine "normale" Fraktion wurde von allen Beteiligten als zu verbindlich abgelehnt, Fraktionszwang gab es in der "Technischen Fraktion" selbstverständlich nicht.

Die Gründe für die Uneinigkeit waren vielfältig: Der französische **FN** wollte sich nicht zu stark an den belgischen **VB** binden, weil er im wallonischen, französischsprachigen Teil Belgiens über eine streng nationalistische Schwesterpartei (**Front National, FN**) verfügt, die den völkisch-separatistischen Kurs des **VB**¹⁸ ablehnt. (Auch der in Sachen Nationalismus sehr französisch geprägte LE PEN ist ein Gegner regionalistischer Bestrebungen, weil sie in seinen Augen die Existenz der Nationalstaaten bedrohen.) Die deutschen **Republikaner** mochten die nach dem Tod von ALMIRANTE (1988) zunächst von GIANFRANCO FINI und dann von GIUSEPPE RAUTI geführten italienischen "Missini" wegen der Südtirolfrage nicht, diese warfen den **Republikanern** im Gegenzug Ausländerfeindlichkeit und Eindeutschungsabsichten bezüglich Südtirol vor. Innerhalb des französischen **FN** bestanden erhebliche Sympathien für den **MSI** und ebenso große Vorbehalte gegenüber dem Nationalismus der **Republikaner**, die auf die Wiederherstellung des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 pochten. LE PEN äußerte Verständnis für Präferenzen in seiner Partei

18 Der **Vlaams Blok** fordert die Abtrennung Flanderns von Belgien mit Brüssel als der Hauptstadt des neuen Staats. Der belgische (wallonische) **Front National** wehrt sich vehement gegen eine Zerschlagung des Nationalstaats. Während der belgische und der französische **FN** einen zentralistischen Nationalismus propagieren und sich für ein "Europa der Vaterländer" (etwa im Sinne De Gaulles) aussprechen, ist der **VB** völkisch orientiert, unterstützt die Belange von nationalen Minderheiten (Südtiroler, Korsen, Basken etc.) und setzt sich konsequenterweise für ein "Europa der Völker" ein.

zugunsten des **MSI**, mochte sich aber wegen der ständigen Flügelkämpfe innerhalb des **MSI** zwischen den Anhängern von FINI und RAUTI¹⁹ - auch hier ging es letztlich um Bündnispolitik - nicht auf die Seite der Italiener schlagen. Er hielt die **Republikaner** irrtümlich für die stabilere Partei. Außerdem bestand ein freundschaftliches Verhältnis zwischen ihm und dem frankophilen SCHÖNHUBER, und beide verachteten FINI als einen Opportunisten, den sie wegen seiner "bürgerlichen" Bündnisambitionen nicht (mehr) zur authentischen, systemkritischen Rechten zählten. Die **Legha Lombarda** zeigte (damals) keinerlei Interesse an einer Kooperation mit den Extremisten und schloss sich im Europaparlament der "Regenbogen-Fraktion" an.

Jedenfalls waren 1989 die Blütenträume von einer breiten Euro-Destra ausgeträumt, und folglich fanden auch 1994 keine internationalen Absprachen für die Europawahlen statt. Im Ergebnis waren nun **MSI** und **FN** gleich stark (jeweils 11 Mandate). Als potentielle Bündnispartner standen nur der belgische **FN** (1 Sitz) und dessen politischer Erzfeind, der **VB** (2 Sitze), zur Verfügung. Mit 25 Abgeordneten waren die Rechtsextremisten zwar stärker als je zuvor, dennoch kam es nicht zur Bildung einer gemeinsamen Fraktion. Der Sieger der Wahl, die inzwischen wieder von FINI geführte **Alleanza Nazionale (AN)** (der ehemalige **MSI**), war wegen der Ausgrenzung von 1984 sehr verstimmt und bündnispolitisch vollends auf konservative Parteien ausgerichtet. LE PEN unternahm gar nicht erst den Versuch, die **AN** einzubinden, weil er dann um den Fraktionsvorsitz hätte bangen müssen. Daher verzeichnete die Mitgliederliste des Europäischen Parlaments im Herbst 1994 25 fraktionslose Abgeordnete. Am Ende der Legislaturperiode waren es dann 38. Hinzugekommen waren die 6 Abgeordneten der **Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)**, die infolge des EU-Beitritts 1996 nachgewählt wurden, sowie die meisten Delegierten der **AN** und der **Legha Nord**.

19 Nach dem Tod von ALMIRANTE (1988) brach ein Kampf um seine Nachfolge zwischen dem sozialfaschistischen Haudegen RAUTI und dem von ALMIRANTE favorisierten Reformler FINI, der außerordentlich mediengewandt und populistisch auftrat, aus. Während RAUTI einen Konfrontationskurs gegen das bestehende System fahren wollte, verfolgte FINI (wie ALMIRANTE) das Konzept einer "grande destra", allerdings wesentlich offensiver und anpassungsfähiger als sein Ziehvater. Als Sieger ging zunächst FINI aus diesem Kampf hervor, aber bereits 1990 obsiegte der Traditionalist RAUTI, der sich allerdings als unfähig erwies, die Partei unter den Bedingungen einer Mediengesellschaft zu führen und Wahlkämpfe zu gewinnen. Nach schlechten Umfrage- und Wahlergebnissen holten die "Missini" den intellektuellen und eloquenten FINI schon ein Jahr später auf den Chefsessel zurück. Der wandelte den **MSI** im Januar 1994, kurz vor den nationalen Wahlen, in die **Alleanza Nazionale (AN)** um und steuerte ein Bündnis mit der 1993 von Silvio Berlusconi gegründeten Forza Italia (FI) an. Dieses Wahlbündnis kam unter Einschluss der 1991 als Zusammenschluss von sechs oberitalienischen Ligen entstandenen **Legha Nord (LN)** unter der Bezeichnung "Alleanza (auch: Polo) della Liberta" (Freiheitsallianz bzw. Freiheitspol) tatsächlich zustande und gewann die im Zeichen der italienischen Staatskrise stattfindende Wahl überzeugend. Die **AN** brachte es auf sensationelle 13,4%. Die Regierung Berlusconi, in der die **AN** fünf Minister stellte, wurde zwar schon im Dezember 1994 wieder gestürzt, die Zusammenarbeit von **AN** und FI war damit jedoch nicht beendet. Bei der Wahl 1996 verbesserte sich die **AN** weiter auf 15,7%. RAUTI lehnte die Umwandlung des **MSI** in die **AN** und deren Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften scharf ab und beteiligte sich an der Wahl 1996 mit einer eigenen Partei, dem **Movimento Sociale Fiamma Tricolore (MSFT)**. Er erzielte ganze 0,9%, was ihn aber nicht davon abhielt, bei der Europawahl 1999 wiederum anzutreten. Mit 1,6% reichte es gerade für ein Mandat, das er derzeit ausübt. Vgl. Feldbauer 1996; Gallagher 2000.

Bei der Europawahl 1999 musste die extreme Rechte teilweise erhebliche Stimmeneinbußen hinnehmen: Die **FPÖ** erreichte nur noch fünf Mandate (-1), die **Alleanza Nazionale (AN)** büßte zwei Sitze ein, dafür gewann RAUTIS **Movimento Sociale Fiamma Tricolore (MSFT)** einen, die **Legha Nord (LN)** verschlechterte sich um zwei Positionen, der französische **Front National (FN)** verlor sogar sechs Delegierte, der belgische **FN** war nicht mehr vertreten, dafür jetzt aber die **Dänische Volkspartei** mit einem Deputierten. Allein der **Vlaams Blok (VB)** gewann gegenüber der Vorwahl zwei Prozentpunkte hinzu, was ihm allerdings wiederum nur zwei Abgeordnete einbrachte. Der Gesamtverlust der extremen Rechten gegenüber 1994 betrug zehn Sitze. Der Löwenanteil ging zu Lasten des französischen **FN**, von dem sich zuvor die Fraktion um BRUNO MÉGRET abgespalten hatte. MÉGRET kritisierte die Politik LE PENS als isolationistisch und extremistisch und strebte eine Zusammenarbeit mit den Konservativen (v.a. mit den Gaullisten) an. Seine Gruppierung kandidierte als **Mouvement National (MN)** und erreichte 3,3 Prozent der Stimmen. LE PENS **FN**-Torso schmolz von 10,5 auf 5,7 Prozent ab. Stärkste Gruppe war nun die **AN** mit neun Mandaten, gefolgt von der **FPÖ** und dem französischen **FN** mit jeweils fünf Mandaten. Dass sich die insgesamt 27 Vertreter der extremen Rechten im Europaparlament zu einer Fraktion zusammenschließen würden, war nach den bisherigen Erfahrungen unwahrscheinlich. Bereit dazu waren lediglich die fünf Parlamentarier des **FN**, die beiden **VB**-Abgeordneten, RAUTI (**MSFT**) und drei **LN**-Deputierte. HAIDERS **FPÖ** und FINIS **AN** verweigerten sich einer Zusammenarbeit mit Extremisten. Da zur Fraktionsbildung im Europaparlament mindestens 18 Abgeordnete aus drei Ländern erforderlich sind, fehlten den 11 kooperationsbereiten Rechtsextremisten noch sieben Stimmen. Diese brachte dann die linksgerichtete italienische "Liga Bonino" der ehemaligen EU-Kommissarin Emma Bonino (Partito Radicale) im Rahmen einer "Technischen Fraktion" bei. Die **AN** und die **Dänische Volkspartei** wurden Mitglied der Fraktion "Union für das Europa der Nationen", und die **FPÖ**-Vertreter blieben fraktionslos²⁰.

Insgesamt sind die Bemühungen um eine institutionalisierte Kooperation der Euro-Rechten gescheitert. Zwar kann für die Jahre seit 1979 eine intensive (im Zeitverlauf sogar verstärkte) Kommunikation unter Einbeziehung der nicht im Europaparlament vertretenen rechtsextremen Parteien (Osterhoff 1997, 211 ff.) konstatiert werden, aber diese Aktivitäten sind typologisch der unverbindlichen Kommunikation bzw. Kooperation zuzuordnen. An dieser lockeren Form der Vernetzung sind die gemäßigt nationalistischen, systemkonformen Parteien (vor allem die **Fortschrittsparteien**) kaum (noch) beteiligt, obwohl gerade sie weitaus bessere Wahlergebnisse verzeichnen als die Hardliner. Für die **AN** und die **FPÖ** gilt, dass die Führungsgruppen, insbesondere die Vorsitzenden FINI und HAIDER, nicht mit derartigen Kontakten in Verbindung gebracht werden wollen, Teile der Basis ihrer Parteien aber durchaus in diese Netzwerke integriert sind. Auch untereinander schei-

²⁰ Stand: 4.8.2000, Angaben nach den Internetseiten des Europäischen Parlaments.

nen die moderaten Parteien der extremen Rechten keine besonders intensiven Kontakte zu pflegen. Das dürfte nicht nur den auch zwischen ihnen bestehenden ideologisch-programmatischen und strategischen Differenzen geschuldet sein, sondern auch der Tatsache, dass sich ihre bündnispolitischen Bestrebungen im jeweiligen nationalen Kontext auf die politische Mitte konzentrieren. Jedenfalls scheint die Kluft zwischen den systemkonformen Parteien und den systemkritischen Nationalisten bzw. Völkischen zu wachsen. Diese bestehen im wesentlichen nur noch aus dem **FN** und dem **VB**, wobei ersterer durch die Spaltung erheblich geschwächt worden ist. Dagegen kann der **VB** als geschlossen und erfolgreich charakterisiert werden, vermutlich, weil er die einzige rechtsextreme Partei im EU-Europa darstellt, deren Existenz auf einem brisanten nationalen Cleavage beruht. Die faschistische bzw. rassistische, systemfeindliche Rechte ist quantitativ bedeutungslos und als politische Kraft irrelevant. Ihre Vernetzung mit systemkritischen und erst recht mit systemkonformen Gruppierungen ist gering. Aber sie verkörpert wegen ihrer Neigung zu Gewalt und Terror ein erhebliches Gefahrenpotential.

Insgesamt wird man der eingangs zitierten Behauptung von Schönhuber, dass es eine Euro-Rechte nicht gäbe, durchaus zustimmen können. Zwar haben sich die Kommunikationsbeziehungen im Laufe der Zeit verdichtet (in die allerdings nicht alle Organisationen der extremen Rechten gleichermaßen eingebunden sind), aber institutionalisierte Verbindlichkeit findet man kaum.

Wahlergebnisse¹⁾ extrem rechter Parteien bei den Europawahlen 1979 bis 1999 (Stimmenanteile und Mandate)										
	1979		1984		1989		1994		1999	
	StAnt	Mand	StAnt	Mand	StAnt	Mand	StAnt	Mand	StAnt	Mand
Belgien										
Front National							2,9	1	1,5	-
Vlaams Blok			1,3	-	6,6	1	7,8	2	9,2	2
Dänemark										
Fremskridtpartiet	5,8	1	3,6	-	5,3	-	2,9	-		
Dansk Folkeparti									5,8	1
Deutschland										
Republikaner					7,1	6	3,9	-	1,7	-
Frankreich										
Front National			11,0	10	11,7	10	10,5	11	5,7	5
PFN	1,3	-								
Griechenland										
EPEN			2,3	1	1,2	-	0,8	-		
Italien										
Lega Nord ²⁾					1,8	2	6,6	6	4,5	4
Alleanza Nazionale ³⁾	5,5	4	6,5	5	5,5	4	12,5	11	10,3	9
MSFT									1,6	1
Österreich										
FPÖ ⁴⁾							27,5	6	23,5	5
Summe Mandate	5		16		23		37		27	

1 Aufgeführt sind nur Parteien, die mindestens bei einer Wahl Mandate errungen haben.

2 1989: Lega Lombarda

3 Vor 1994: Movimento Sociale Italiano/Destra Nazionale (MSI/DN).

4 Die Nachwahl zur Legislaturperiode 1994-1999 fand am 13.10.1996 statt.

EPEN Ethniki Politiki Enosis

FPÖ Freiheitliche Partei Österreichs

MSFT Movimento Sociale Fiamma Tricolore

PFN Parti des Forces Nouvelles

4. Internationale Organisationen

Besonders in den fünfziger und beginnenden sechziger Jahren wurde der Versuch unternommen, europäische oder sogar internationale Organisationen zu gründen (Smoydzin 1966; Tauber 1967). Diese Ansätze sind jedoch zumeist innerhalb kurzer Zeit gescheitert. Denn es waren fast ausschließlich extrem rassistische und antisemitische Kleingruppen, die sich um die Bildung von derartigen Organisationen bemühten. Die auf Selbständigkeit und Seriosität bedachten rechtsextremen Wahlparteien haben sich an derartigen Bestrebungen nicht, allenfalls halbherzig und nur vorübergehend beteiligt. Man fürchtete, durch die Kooperation mit ultrarechten, gewaltbereiten Gruppierungen Mitglieder und Anhänger zu verlieren und sich die Chancen für Wahlerfolge zu verbauen (Stöss 1993).

Erste Initiativen zur Gründung europäischer Organisationen oder Institutionen begannen unter dem Eindruck des sich mit dem Ausbruch des Korea-Krieges weiter verschärfenden Ost-West-Gegensatzes. Initiatoren des Prozesses waren der britische Faschistenführer (**British Union Movement**) SIR OSWALD MOSLEY, der als hervorragender Theoretiker des Europa-Nationalismus ("Europe a Nation") gilt, DR. PER ENGBAHL, Rassist, Antisemit und Chef der **Neuschwedischen Bewegung (Nysvenska Rörelsen)**, CARL ERNFRIED CARLBERG, der bedeutendste Finanzier des schwedischen Faschismus, Professor MAURICE BARDÈCHE in Frankreich, der Italiener Professor ERNESTO MASSI, ein maßgeblicher Ideologe des **Movimento Sociale Italiano (MSI)**, der westdeutsche Faschist KARL-HEINZ PRIESTER und schließlich PAUL VAN TIENEN (Waffen SS-Freiwilliger) und DR. JAN WOLTHUIS in den Niederlanden.

Nach zwei Konferenzen in Rom (März und Oktober 1950), zu denen der **MSI** bzw. dessen Studentenorganisation **Fronte Universitario di Azione Nazionale (FUAN)** eingeladen hatten, wurde im Mai 1951 in Malmö unter Beteiligung von 60 Vertretern aus sieben (oder neun) europäischen Ländern die **Europäische Soziale Bewegung (ESB)** mit nationalen Sektionen in der BRD (PRIESTER), Schweden, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Belgien, Frankreich und Österreich (DR. FRITZ STÜBER) gegründet. Der **MSI** war als Partei nicht beteiligt, wohl aber einzelne Rechtsextremisten aus Italien. CARLBERG hatte als programmatische Grundlage "Dreizehn Thesen" verfasst, die mit ihrer nordisch-abendländischen Diktion zum Glaubensbekenntnis der sogenannten "**Malmö-Bewegung**" wurden.

Auf dem Züricher **ESB**-Kongress im September 1951 eskalierten die von Anfang an bestehenden ideologischen Spannungen. Der Schweizer GASTON AMAUDRUZ (**Volkspartei der Schweiz**) gründete die **Europäische Neuordnung (ENO)**, zunächst als überparteilichen elitären Zirkel, der sich

durch betont rassistische Sichtweisen hervortat. Im März 1952 schloss die französische Sektion der **ESB** (das **Comité National Français, CNF**, unter RENÉ BINET) BARDÈCHE aus, der daraufhin im Januar 1953 die **Europäische Volksbewegung (EVB)** ins Leben rief. Gleichzeitig schlossen sich die Gruppen um AMAUDRUZ, BINET, STÜBER und der **Deutsche Block (DB)** um KARL MEIßNER zur **Europäischen Verbindungsstelle (EVS)** zusammen, deren Sekretariat bei AMAUDRUZ und seiner **ENO** in Lausanne lag. **ESB** und **EVS/ENO** führten fortan in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen Tagungen durch, auf denen freilich ideologisches Gezänk dominierte. Im Sommer 1955 krachte es in der mittlerweile um den **MSI** erweiterten **EVS** über die Südtirolfrage. MEIßNER, STÜBER und ERNST VOLLENWEIDER (**Volkspartei der Schweiz**) verließen die Organisation, und AMAUDRUZ reaktivierte mit dem endgültigen Zerfall der **EVS** auf einem Kongress in Lausanne um die Jahreswende 1956/57 seine **ENO**.

Anfang 1957 begann der Österreicher THEODOR SOUCEK, ein ehemaliger SS-Mann, unzufriedene Europafaschisten in seiner **Sozialorganischen Ordnungsbewegung Europas (SORBE)** zu sammeln (gegründet 6.7.1957). Bis zum ersten **SORBE**-Kongress im Dezember 1957 in Salzburg gewann er die deutsche **EVB**-Sektion, VOLLENWEIDER und seine **Volkspartei der Schweiz**, eine **EVB**-Gruppe um FRÉDÉRIC G. BECKER aus Elsass-Lothringen sowie weitere rechtsextreme Gruppen aus einigen anderen europäischen Ländern für die Mitarbeit. Bevor jedoch der zweite **SORBE**-Kongress (November 1958 wiederum in Salzburg) stattfinden konnte, löste der Österreichische Innenminister die Organisation auf (25.10.1958).

1962 unternahm MOSLEY nochmals einen Anlauf zur Gründung einer **Nationalen Partei Europas (NPE)**, an der sich die **Deutsche Reichspartei (DRP)** unter ADOLF VON THADDEN, der **MSI** und **Junges Europa** beteiligen wollten. Auf der dritten Tagung in Mailand (Juli 1962) wurde das Projekt jedoch beerdigt. Auch das von dem Belgier JEAN THIRIART 1960 auf dem Höhepunkt der Kongo-Krise als europäische Organisation ins Leben gerufene **Junge Europa** war eine Eintagsfliege. Anders als die bisher behandelten Organisationen wurde dort jedoch rassistisches Gedankengut explizit abgelehnt, im Vordergrund stand der Kampf gegen den sowjetischen und amerikanischen Imperialismus in Europa und der Dritten Welt. **Junges Europa** kämpfte für ein "von Moskau befreites und von Washington gelöstes Europa", stieß jedoch nicht auf nennenswerte Resonanz beim europäischen Rechtsextremismus. Auf die ebenfalls 1962 entstandene **World Union of National Socialists (WUNS)** werde ich später noch eingehen.

Jedenfalls versandeten in der ersten Hälfte der sechziger Jahre die Bemühungen um internationale rechtsextreme Organisationen. Allein die **ENO** führte noch bis Anfang der neunziger Jahre mehr oder weniger regelmäßig kleine Tagungen durch. Alle genannten Organisationen bestanden aus

wenigen Mitgliedern, zumeist aus Aktivisten nationaler (neo-)faschistischer bzw. (neo-)nazistischer Kleingruppen, die kaum politische Aktivitäten entfalteten und auf wenig Resonanz in den jeweiligen nationalen rechtsextremen Lagern stießen. Die Ende der siebziger Jahre beginnende internationale Zusammenarbeit von Skinhead-Gruppen hatte zwar erheblich größeren Zulauf, **Blood & Honour** oder der **Hammerskins** stellten aber keine internationalen Organisationen sondern internationale Netzwerke dar.

5. Nationalismus, Rassismus und Europa-Nationalismus

Ziehen wir zunächst eine Zwischenbilanz:

Die Kommunikation zwischen den nationalen Rechtsextremisten hat sich im Verlauf der Nachkriegszeit ständig verbessert. Heute besteht eine engmaschige Vernetzung, die vor allem auf intensiven Auslandskontakten, einem regen Veranstaltungstourismus und einem permanenten Informationsaustausch basiert. Der Rechtsextremismus in Europa ist mobiler und kommunikativer geworden, sein regionales Aktionsfeld hat sich ausgeweitet, der soziokulturelle Aktionsrahmen ist größer geworden, und auch die Präsenz im Europaparlament verbesserte sich seit 1979 kontinuierlich, wenn auch 1999 ein Rückschlag hingenommen werden musste. Die Existenz- und Erfolgsbedingungen der nationalen Rechtsextremisten gleichen sich zudem seit den siebziger Jahren infolge der ökonomischen und politischen Globalisierung in (West-) Europa an. Und auch die Programme der Euro-Rechten unterscheiden sich in den Grundzügen kaum.

Gleichwohl erscheint es nicht gerechtfertigt, von einem europäischen Rechtsextremismus im Sinne eines politischen Akteurs zu sprechen. Sein Institutionalisierungsgrad ist gering, und alle Versuche, ihn in festere Formen zu gießen - geschweige denn verbindliche Strukturen oder gar internationale Organisationen zu etablieren - sind stets gescheitert. Verantwortlich dafür waren ideologische Unterschiede, nationalistische Sonderinteressen, divergierende Bündnisstrategien und persönliche Animositäten zwischen den Führern. Allenfalls Zweckmäßigkeitserwägungen bewegen ihn zu internationaler Kooperation, soweit ihr nicht nationale Interessen im Weg stehen. Dies ist allerdings der Normalfall.

Damit sind die ersten beiden Leitfragen beantwortet. Die dritte Leitfrage nach Faktoren, die internationale Kommunikation und Kooperation des Rechtsextremismus begünstigen bzw. erschweren, führt uns zu dem eingangs beschriebenen Dilemma des Rechtsextremismus hin: Gerade für ihn

stellt sich nämlich die Frage nach der **Vereinbarkeit von Nationalismus und Internationalismus**.

Dass Gleichgesinnte miteinander Gedanken- und Erfahrungsaustausch betreiben, gemeinsame Aktionen durchführen und dabei an Ländergrenzen nicht Halt machen, dass sich die Kameraden gegenseitig besuchen und unterstützen, wenn sie in Not geraten sind - auch über nationale Grenzen hinweg -, wird man aus sozialwissenschaftlicher Perspektive kaum als aufregenden Sachverhalt bewerten. Auch wenn die Bedeutung derartiger - in erster Linie pragmatischer - Kalküle bei der internationalen Vernetzung nicht unterschätzt werden sollte, bedarf es doch handfesterer Beweggründe für eine zielgerichtete politische Kooperation.

Was könnte denn - so ist zu fragen – Politiker, die die nationale Frage zur obersten Handlungsmaxime erklären, dazu veranlassen, internationale oder gar supranationale Bindungen einzugehen, Kompromisse mit "Ausländern" zu schließen und ihre nationalen Belange übernationalen Zielen unterzuordnen? Zugespitzt: Welcher Kategorie des rechtsextremen Denkens könnte höhere Priorität eingeräumt werden als der Nation bzw. dem Volk? Auf welche Kategorie könnten sie zurückgreifen, um internationalistische Bestrebungen zu rechtfertigen?

Eine erste Antwort liegt auf der Hand: auf die **Rasse**. Daher gingen die Bemühungen um internationale Organisationen zunächst zumeist von Rassisten aus. Die einigungshemmenden ideologisch-programmatischen Faktoren beruhten vor allem auf der unterschiedlichen Radikalität, in der der Rassismus vorgetragen wurde, und auf kontroversen Deutungen des Begriffs der Rasse. Rassismus ist eine, den Nationalismus überwölbende, ihn womöglich sogar - mit dem Ziel der Überwindung nationaler Borniertheit - außer Kraft setzende Ideologie, die die Weltgeschichte nicht als Kampf um die Vorherrschaft von Nationen, sondern von Rassen interpretiert.

Im rechtsextremen Denken, das - wie Kurt Lenk (1998) es vortrefflich auf den Punkt gebracht hat - einem Gemisch aus "Größenwahn" und "Verfolgungswahn" entspringt, geht es nicht nur um Vorherrschaft, sondern in erster Linie um Bedrohung, um die vermeintliche Gefährdung der angeblichen Existenz der - im Vergleich zu anderen Rassen als höherwertig angesehenen und folglich zur Suprematie geborenen - weißen Rasse durch andere, eben farbige Rassen.

An dem Bedrohungsaspekt dockt eine zweite Kategorie des rechtsextremen Denkens an, die nationale Eigenbrötelei überwinden will: Die "**Nation Europa**". Sie wurde von vielen rechtsextremen Ideologen in den fünfziger Jahren als zeitgemäßer angesehen, weil der Rassismus historisch diskreditiert und auch inhaltlich kaum noch vermittelbar war, vor allem aber, weil er keinen konkreten

Bezug zu Europa aufwies. Historisch-politisch gesehen wurzelt die "Nation Europa" nicht im Nationalismus sondern im Faschismus. Die internationalen Freiwilligenverbände der Waffen-SS gelten als Vorbild. Ihr angeblicher Kampf für die Rettung Europas (vor der bolschewistischen Gefahr) bildete das Leitmotiv bei der Gründung der ersten internationalen rechtsextremen Organisationen in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Ideologisch ist "Nation Europa" nicht notwendigerweise rassistisch fundiert. Als grundlegender Theoretiker des Europa-Nationalismus gilt der britische Rechtsextremist SIR OSWALD MOSLEY (**British Union Movement**), der bereits 1938 die Forderung "Europe a Nation" aufgestellt und sie 1947 in seiner Programmschrift "The Alternative" (Mosley 1950) ausgearbeitet hatte. Sein Denken war kaum rassistisch, sondern in erster Linie abendländisch-antikommunistisch und imperialistisch ("Afrika als Quelle der Rohstoffe und Nahrungsmittel, die das vereinte Europa braucht") geprägt. Nicht die einzelnen Nationen sondern Europa als ganzes sei der Bedrohung durch den Bolschewismus ausgesetzt, nicht die einzelnen Nationen sondern nur Europa als Schicksalsgemeinschaft könne sich dieser Bedrohung erfolgreich erwehren. Daher sei es das Gebot der Stunde, die Zwierracht in Europa zu überwinden und "im gemeinsamen Kampf um die Rettung des Abendlandes aus Chaos und Elend" die nationale Gemeinschaft der Völker Europas zu bilden.

Der Europa-Nationalismus ließ sich aber auch rassistisch rechtfertigen: In der "Züricher Erklärung" von 1951 der **Europäischen Neuordnung (ENO)** (abgedr. bei Smoydzin 1966, 179 ff.) hieß es beispielsweise: Die "belagerte Festung Europa" sei nur mit der Kraft und dem Selbstbehauptungswillen der Rasse zu verteidigen. Um aber die europäische(n) Rasse(n) zu bewahren und ihr Blut reinzuhalten, müsse sich Europa zu seinem eigenen Schutz vereinigen. Und:

"Der Marxismus ist, als eine asiatische Begriffswelt, nichts anderes, als eine Kampfphilosophie, die die asiatischen Horden zu einem Angriff auf die weiße Welt führt. Die [ost-] europäischen Staaten, die sich zu seinem Vorkämpfer machen, sind bestrebt, die übrigen farbigen Völker zu einem Rassenkrieg gegen die Weißen aufzurufen. So kann der europäische weiße Mensch zu seiner eigenen Rettung nur auf sich selber zählen. Wir stellen also fest, dass Europa ... wieder eine belagerte Festung wird, gegen welche die gleichzeitigen Angriffe der farbigen Rassen anzubranden beginnen."

Bald traten neben den Bolschewismus als zunächst hauptsächlichen Bedrohungsfaktor auch die USA. Die "Nation Europa" müsse sich, so etwa OTTO STRASSER, als **dritte Kraft** gegen "Moskau und Wallstreet", gegen Kommunismus und Kapitalismus, behaupten (Stöss 1983, 1254 ff.), sie müsse sich, wie die **ENO** es in ihrer "Dritten Erklärung von Lausanne" 1962 (abgedr. bei Smoydzin 1966, 184 ff.) angesichts der damals einsetzende Koexistenzpolitik der Supermächte formulierte, "sowohl von der Herrschaft Moskaus als [auch] Washingtons befreien".

Unabhängig davon, ob "Nation Europa" nationalistisch oder rassistisch fundiert war: Das Konzept konfligierte zunehmend mit dem althergebrachten, immer auch antisemitisch ausgerichteten Rassismus, weil es Europa eine Sonderrolle zuwies und den nicht-europäischen "weißen Mann" in Amerika und Australien ausgrenzte. So entstand - gewissermaßen als Gegenbewegung - auf Initiative von LINCOLN ROCKWELL (**American Nazi Party, ANP**, später: **National Socialist White Peoples Party, NSWPP**), COLIN JORDAN und JOHN TYNDALL (beide **Northern European Ring**) Anfang August 1962 anlässlich des Cotswold Lagers die **World Union of National Socialists (WUNS)**, die noch heute besteht. Die erste programmatische Grundsatzerklärung der **WUNS**, die "Cotswold-Agreements", beginnt mit folgenden Worten:

"Der internationale jüdische Apparat der politischen und wirtschaftlichen Macht hat gegenwärtig die Welt versklavt... Diese internationale jüdische Kraftmaschine kann weder von einer lokalen oder einer nationalen Gruppe, noch kann sie von einem kulturellen Ring vernichtet werden, sondern lediglich durch einen konterrevolutionären internationalen Machtapparat weißer Kämpfer." (abgedr. bei Smoydzin 1966, 213 ff.)

Spätestens Mitte der sechziger Jahre waren alle Versuche gescheitert, den Nationalismus als Kernstück der rechtsextremen Ideologie zeitgemäß zu rechtfertigen. Der Grundgedanke MOSLEYS - dass sich das Zeitalter der autonomen Nationalstaaten dem Ende zuneigt und Nationalismus nur noch als überstaatliche Integrationsideologie für einer gemeinsamen Bedrohung ausgesetzte Kulturkreise denkbar ist - entsprach weithin auch der konservativen Weltsicht und war daher nicht sonderlich originell. Die Erwartung allerdings, dass die Völker Europas infolge ihrer äußeren Bedrohung zu einer Nation verschmelzen, war nicht nur abwegig, dies war in den Augen der meisten Rechtsextremisten auch gar nicht erwünscht. Dies galt entsprechend für die rassistische Begründung der "Nation Europa".

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre bemühte sich zunächst die **nationalrevolutionäre Neue Rechte in Deutschland**, den Europa-Nationalismus neu und zeitgemäß zu begründen. Nationalismus bedeute den Willen zur Integration, wobei Nationen "historisch relativ, keine Konstanten" seien. Als "wesentliches biologisches Gliederungsmerkmal der Menschheit" wurden die "Großgruppen der Europiden, Mongoliden und Negriden" betrachtet. Und da Europa das "historische Zentrum" "unserer Rasse" sei, bilde die "Nation Europa" das zeitgemäße Integrationsmodell. Der Schlachtruf lautete: "Europa den Europäern!" (Singer 1970).

Daraus ergab sich eine Revision des traditionellen Rassismus, der **Ethnopluralismus**: Rassen und Völker wurden zwar nach wie vor als verschieden angesehen, aber nicht mehr gegeneinander gewertet: Jede Rasse verfüge über ein eigenes Existenzrecht. Damit wurde die Rassentrennung gerechtfertigt, die Beherrschung einer Rasse durch eine andere aber ausgeschlossen. Bald war

nicht mehr von Rassen, sondern nur noch von Ethnien die Rede. Die Vielfalt, der Pluralismus der Ethnien sollte erhalten werden. Mehr noch: Die wohlhabenden Ethnien sollten die ökonomisch schwächeren dabei unterstützen, bei Bewahrung ihrer Eigenart Wohlstand zu erringen. Während der Weltkapitalismus die Menschen zu den Maschinen hole, bringe der Ethnopluralismus die Maschinen zu den Menschen.

Dies ist der Kern der Ideologie der europäischen neuen Rechten. Ihr Zentrum ist das 1969 von ALAIN DE BENOIST gegründete **Groupement de Recherche et d'Etudes pour la Civilisation Européenne (GRECE)** mit verwandten Studiengruppen in der Bundesrepublik, der Schweiz, den Niederlanden, Belgien, Italien, Portugal, Spanien und England. Die bundesdeutsche Filiale ist das **Thule Seminar**, sein Vordenker PIERRE KREBS.

Im Mittelpunkt des Bedrohungsszenarios von **GRECE** steht die Globalisierung, die die Völkervielfalt zu vernichten drohe. KREBS bezeichnete den Ethnopluralismus als Alternative zu "Universalismus" oder "Egalitarismus":

"Die Erde wurde ihrer Territorien beraubt, ihre Völker wurden entwurzelt. Sie stellt nur noch die Gemeinsamkeit von Handelszonen, von Verkehrsstraßen, von zerfließenden Austauschnetzen dar, die den Gesetzmäßigkeiten des Managements und des Marketings unterworfen sind. Der Mensch beherrscht nicht mehr einen Raum als Territorium, weil er von überall kommt, und somit von nirgendwo... Der Mensch gehört nicht mehr einem Ort, einer Herkunft, einer Geschichte und somit einer Kultur, einem Schicksal und einer Macht an."
(Krebs 1982, 14)

Daher rief die neue Rechte zum "totalen Angriff ... gegen alle totalitären Erscheinungen der Gleichheitslehre" auf, gegen den Kraken, der "die Völker von innen anfrisst, indem er ihre Seele gegen die trügerische Sicherheit des materiellen Wohlstands" eintauscht.

"Wir rufen die Menschen Europas zur Zusammenraffung aller ihrer lebendigen Kräfte und Freiheiten gegen die Versklavung der egalitär-kaufmännischen Gesellschaftsform auf. Wir rufen alle Völker der Welt zur Wiederbelebung ihres kulturellen Erbes, ihres historischen Gedächtnisses und ihrer gemeinschaftlichen Traditionen auf, um den [dem] universalen Völkermord des Kosmopolitismus Einhalt zu gebieten." (Krebs 1982, 33)

Gefordert wurde das "Grundrecht auf Verschiedenheit":

"Denn durch seine Vermischung der Rassen, der Kulturen und Weltanschauungen beseitigt der Egalitarismus nicht nur die grundlegendsten Begriffe von Achtung und Toleranz, sondern darüber hinaus die Freiheit und das Grundrecht auf Verschiedenheit... Im Namen der Toleranz macht sich die Lehre von der völligen Gleichheit der Menschen der denkbar größten Intoleranz schuldig, die darin besteht, die Verschiedenheit, O-

iginalität und Besonderheit überall da systematisch zu zerstören, wo sie sich der Mühle der Gleichmacherei nicht fügen." (Krebs 1982, 25 f.)

Damit wurde der europanationalistische Schlachtruf der deutschen Nationalrevolutionäre "Europa den Europäern!" auf nationalistische Parolen, wie "Deutschland den Deutschen!", "Frankreich den Franzosen!", "Flandern den Flamen!" etc., reduziert. Der Versuch, den althergebrachten Nationalismus durch eine zeitgemäße Ideologie zu überwinden, ihn in einen europäischen Nationalismus einmünden zu lassen, führte letztlich zurück zur ideologischen Untermauerung des einzelstaatlichen Nationalismus.

Mehr noch: Da die Forderung "Ausländer Raus!" (also die Völker- bzw. Rassentrennung) kaum praktikabel ist und selbst beim rechtsextremen Wahlvolk nur bedingt auf Resonanz stößt, wurde sie durch die Losung "Deutschland zuerst" ("les français d'abord", "eigen Volk eerst") ersetzt und somit relativiert. Der Grundgedanke des Ethnopluralismus war damit aufgegeben.

Die neue Rechte ist also ebenfalls mit ihren ideologischen Modernisierungsbestrebungen gescheitert. Sie endeten mit der (wahrlich nicht originellen) Betonung des Vorrangs nationaler Interessen. Die neorassistische Ideologie des Ethnopluralismus, die den Europanationalismus neu und zeitgemäß begründen sollte, entpuppte sich bald als schlichte Rechtfertigung des alten Nationalismus, freilich mit einer betont völkischen Begründung.

Meine dritte Leitfrage lässt sich mithin wie folgt beantworten: Der Rechtsextremismus verfügt trotz permanenter Anstrengungen seiner Vordenker über keine ideologische Rechtfertigung für internationale Bestrebungen. Allenfalls Zweckmäßigkeitserwägungen könnten ihn zu internationaler Kooperation bewegen, soweit dem nicht nationale Interessen im Weg stehen. Dies ist allerdings der Normalfall.

6. Schlussbemerkung

Die Feststellung, dass sich der Primat des Nationalen hinderlich für die internationale Kooperation des Rechtsextremismus auswirkt, klingt zunächst banal, ist meines Erachtens aber folgenreich.

Es sei daran erinnert, dass innerhalb der extremen Rechten – so, wie sie hier verstanden wird – keine Einigkeit bezüglich des Primats des Nationalen besteht. Die skandinavischen **Fortschrittsparteien**, die **FPÖ** oder die **Schweizerische Volkspartei** vertreten eher einen gemäßigten Nationalismus, der **Front National**, die **Alleanza Nazionale** oder die deutschen Rechtsextremisten

propagieren einen autoritären und etatistischen Nationalismus, die flämischen Rechtsextremisten denken eher völkisch und lehnen einen zentralistischen Nationalismus ab. Für Zwietracht innerhalb der extremen Rechten sorgen zudem historische Belastungen, wie die Südtirol- und die Triest-Frage oder die Benesch-Dekrete²¹. Während die gemäßigt nationalistischen, eher systemkonformen Organisationen nur moderate Kritik am Maastricht-Europa üben, lehnen die dogmatischen Nationalisten bzw. Völkischen dieses ab und streiten darüber, ob ihr Europa auf die Vaterländer oder auf die Völker gegründet werden soll. Schließlich ist das Verhältnis zu (Nord-)Amerika strittig: Antiamerikaner, wie LE PEN, SCHÖNHUBER oder RAUTI verurteilen vorsichtige Annäherungen an die westliche Weltmacht (etwa bei HAIDER, FINI oder MÉGRET) als Verrat an der nationalen Sache.

Vergegenwärtigt man sich nur die unterschiedlichen Haltungen zum Problem des Nationalismus (der immerhin eine zentrale Kategorie des rechtsextremen Denkens darstellt), dann stellt sich die Frage, was den hier unter den Begriff "extreme Rechte" subsummierten Organisationen gemeinsam ist, was ihre Rubrizierung als extrem rechts rechtfertigt. Die Antwort lautet: der Ethnozentrismus. Alle Organisationen sind durch eine teilweise massive, allerdings eher wohlstandschauvinistisch als rassistisch geprägte, Fremdenfeindlichkeit geprägt. Strittig und damit hinderlich für supranationale Kooperation ist weniger die xenophobe Dimension der rechtsextremen Ideologie, sondern vor allem die nationalistische, wobei unterschiedliche historische Entwicklungen, Konflikte und Belastungen eine zentrale Rolle spielen. Die erfolgreichen Parteien der extremen Rechten in Europa folgen (zumeist) nicht (mehr) dem Primat von Volk und Nation. Die nationalistische Komponente wurde zwar nicht aufgegeben, aber doch zugunsten von fremdenfeindlichen, neokonservativen und neoliberalen Forderungen abgeschwächt. Darin könnte der Ausgangspunkt für eine Modernisierung des Rechtsextremismus liegen.

21 Der Anführer der tschechischen Republikaner (Republikánská Strana Československa), MIROSLAV SLÁDEK, vertritt hinsichtlich der Sudetenfrage einen rigoros nationalistischen Standpunkt, was ihm heftige Konflikte mit dem Vorsitzenden der deutschen Republikaner, SCHÖNHUBER, einbrachte. Dieser äußerte sich über die tschechischen Kameraden u.a. so: "Eine Aufnahme der kriminellen Führung der tschechischen Republikaner in die Euro-Nat-Bewegung würde bedeuten, dass sie zu einer Lumpensammler-Vereinigung herabsinkt." (Schönhuber 2000, 101)

Literatur

- Alexandrov, Victor 1978: La Mafia des SS, Paris: Stock.
- Andersen, Jørgen Goul/Bjørklund, Tor 2000: Radical Right-wing Populism in Scandinavia: From Tax Revolt to Neo-liberalism and Xenophobia, in: Paul Hainsworth (Hrsg.), The Politics of the Extreme Right. From the Margins to the Mainstream, London/New York: Pinter, S. 193-223.
- Backes, Uwe 1990: Extremismus und Populismus von rechts. Ein Vergleich auf europäischer Ebene, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47, S. 3-14.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard 1989: Politischer Extremismus in europäischen Demokratien. Rechts- und Linksextremismus im Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41-42, S. 40-53.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.) 1992: Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Betz, Hans-Georg 1994: Radical Right-wing Populism in Western Europe, New York: St. Martin's Press.
- Beyme, Klaus von (Hrsg.) 1988: Right-Wing Extremism in Western Europe, London: Frank Cass.
- Björge, Tore/Witte, Rob (Hrsg.) 1993: Racist Violence in Europe, New York: St. Martin's Press.
- Bower, Tom 1984: Klaus Barbie. Lyon, Augsburg, La Paz - Karriere eines Gestapo-Chefs, Berlin: Rotbuch.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) 2000a: Rechtsextremistische Bestrebungen im Internet, Köln: Hrsg.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) 2000b: Skinheads. Bands und Konzerte, Köln: Hrsg.
- Butterwegge, Christoph/Jäger, Siegfried (Hrsg.) 1992: Rassismus in Europa, Köln: Bund-Verlag.
- Dietzsch, Martin/Maegerle, Anton 1996: Digitales Braun. Die Nutzung Neuer Medien durch Neonazis, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin: Elefanten Press, S. 923-932.
- Europäisches Parlament 1985: Untersuchungsausschuss "Wiederaufleben des Faschismus und Rassismus in Europa". Bericht über die Ergebnisse der Arbeiten [Evrigenis-Report], o.O.
- Europäisches Parlament 1990: Bericht im Namen des Untersuchungsausschusses Rassismus und Ausländerfeindlichkeit über die Untersuchungsergebnisse des Ausschusses [Ford-Report], Dokument A3-195/90.
- Farin, Klaus 1998: Urban Rebels. Die Geschichte der Skinheadbewegung, in: ders. (Hrsg.), Die Skins. Mythos und Realität, Berlin: Ch. Links, S. 9-68.
- Feldbauer, Gerhard 1996: Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien, Berlin: Elefanten Press.
- Ford, Glynn 1992: Fascist Europe. The Rise of Racism and Xenophobia, Boulder: Pluto.
- Forschungsgruppe Wahlen 1999: Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 13. Juni 1999, Mannheim.
- Forsyth, Frederick 1985: The Odessa File, London: Transworld Publ. (Corgi Books).
- Frank, Michael 1962: Die letzte Bastion. Nazis in Argentinien, Hamburg: Rütten & Loening (Das aktuelle Thema 15).
- Fromm, Rainer 1998: Die "Wehrsportgruppe Hoffmann": Darstellung, Analyse und Einordnung. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen und europäischen Rechtsextremismus, Frankfurt a. Main usw.: Lang.
- Fromm, Rainer/Kernbach, Barbara 1994a: ... und morgen die ganze Welt? Rechtsextreme Publizistik in Westeuropa, Marburg: Schüren.
- Fromm, Rainer/Kernbach, Barbara 1994b: Europas braune Saat. Die internationale Verflechtung der rechtsradikalen Szene, München/Landsberg a. Lech: Bonn Aktuell.
- Gallagher, Tom 2000: Exit from the Ghetto: The Italian Far Right in the 1990s, in: Paul Hainsworth (Hrsg.), The Politics of the Extreme Right. From the Margins to the Mainstream, London/New York: Pinter, S. 64-86.
- Greß, Franz/Jaschke, Hans-Gerd/Schönekeß, Klaus 1990, Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa: Bundesrepublik - Frankreich - Großbritannien, Opladen: Westdeutscher Verlag 1990.

- Habbe, Christian 1981: "Weltweit Teutonic Unity". Die Auslandsbeziehungen der deutschen Neonazis, in: Paul Lersch (Hrsg.), Die verkannte Gefahr. Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Reinbek: Rowohlt TB, S. 72-82 (Spiegel-Buch, Nr. 12).
- Hafeneger, Benno 1990: Die "extreme Rechte" und Europa. Herausforderung für eine multikulturelle Gesellschaft, Frankfurt a. Main: Verlag für Akademische Schriften (Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung, Bd. 9).
- Hainsworth, Paul (Hrsg.) 1992: The Extreme Right in Europe and the USA, London: Pinter.
- Hainsworth, Paul (Hrsg.) 2000: The Politics of the Extreme Right. From the Margins to the Mainstream, London/New York: Pinter.
- Haller, Michael 1981: Europa erwache! Frankreichs Neue Rechte und die Internationale des soziobiologischen Rassismus, in: Paul Lersch (Hrsg.), Die verkannte Gefahr. Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Reinbek: Rowohlt TB, S. 83-104 (Spiegel-Buch, Bd. 12).
- Harris, Geoffrey 1994: The Dark Side of Europe. The Extreme Right Today, Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Heidenreich, Gert/Wetzels, Juliane 1989: Die organisierte Verwirrung. Nationale und internationale Verbindungen im rechtsextremistischen Spektrum, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt a. Main: Fischer TB, S. 151-168.
- Hockenos, Paul 1993: Free to Hate. The Rise of the Right in Post-communist Eastern Europe, New York/London: Routledge.
- Ignazi, Piero 1994: L'Estrema Destra in Europa, Bologna: Il Mulino.
- Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hrsg.) 1989: Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa, Wien/Zürich: Europa Verlag.
- Kitschelt, Herbert (in Koop. m. Anthony J. McGann) 1995: The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis, Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Koch, Günter 1988: Als Mutprobe: Mord. Über neofaschistische Bewegungen in kapitalistischen Ländern, Berlin (DDR): Militärverlag der DDR.
- Krebs, Pierre 1982: Die europäische Wiedergeburt. Aufruf zur Selbstbesinnung, Tübingen: Grabert-Verlag (Veröffentlichungen des Thule-Seminars: Reihe Thule-Forum, Bd. 2).
- Lang, Michel R. (Hrsg.) 1982: "Straße frei..." Die neue Nazi-Internationale, Berlin: Rotation.
- Lenk, Kurt 1998: Ideengeschichtliche Dimensionen rechtsextremen Denkens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10, S. 13-19.
- Mahler, Klaus 1996a: Das Netzwerk der militanten Neonazis, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin: Elefanten Press, S. 572-594.
- Mahler, Klaus 1996b: Die NS-Nachkriegsnetze, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin: Elefanten Press, S. 595-615.
- Minkenbergh, Michael 1998: Die neue radikale Rechte im Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mommsen, Margareta 1992: Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie, München: Beck.
- Mosley, Oswald 1950: Die europäische Revolution, London: Union [Neuausgabe von "The Alternative"].
- Müller, Leo A. 1991: Gladio – das Erbe des Kalten Krieges. Der Nato-Geheimbund und sein deutscher Vorläufer, Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Nüske, Gerd Friedrich 1994: Die internationale Revisionismus-Kampagne, in: Durchblicke, 1. Jg., Nr. 3.
- O Maolain, Claran 1987: The Radical Right: A World Directory. A Keesing's Reference Publication, Harlow: Longman.
- Osterhoff, André 1997: Die Euro-Rechte. Zur Bedeutung des Europaparlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten, Münster: Unrast.

- Peter, Horst/Sprafke, Norbert 1990: Die "Neue Rechte" organisiert sich europaweit. Wie eine Spinne im Netz - das "Thule-Seminar", in: Rolf Seeliger (Hrsg.), Grauzone zwischen Union und der Neuen Rechten. Personen - Institutionen - Identifikationen, München: Seeliger, S. 83-95.
- Pomorin, Jürgen/Junge, Reinhard/Biemann, Georg 1981: Geheime Kanäle. Der Nazi-Mafia auf der Spur, Dortmund: Weltkreis.
- Pomorin, Jürgen/Junge, Reinhard/Biemann, Georg/Bordien, Hans-Peter 1980: Blutige Spuren. Der zweite Aufstieg der SS, Dortmund: Weltkreis.
- Rosen, Klaus-Henning 1989: Rechtsterrorismus. Gruppen – Täter – Hintergründe, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Hitlers Schatten verblasst. Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn: Dietz, S. 49-78.
- Sánchez Salazar, Gustavo A./Reimann, Elisabeth 1987: Barbie in Bolivien, Köln: Pahl-Rugenstein.
- Schönhuber, Franz 2000: Europas Patrioten. Die Eurorechte: Chance oder Illusion?, Berg: VGB.
- Schulz, Hans-Jürgen (Hrsg.) 1990: Sie sind wieder da! Faschismus und Reaktion in Europa, Frankfurt a. Main: Isp.
- Simpson, Christopher 1988: Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA, Wien: Ueberreuter.
- Singer, Hartwig 1970: Totale Nation? Europäischer Nationalismus und die Öffnung nach vorn, in: Nationalismus heute, Junge Kritik 1, Coburg: Deutscher Studentenanzeiger, S. 9-42 (zuerst in: Junges Forum, H. 3, 1967).
- Smoydzin, Werner 1966: Hitler lebt! Vom internationalen Faschismus zur Internationale des Hakenkreuzes, Pfaffenhofen: Ilmgau (Das Dokument, Bd. II).
- Stöss, Richard 1983: Die Deutsch-Soziale Union, in: ders. (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd.1, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1243-1278.
- Stöss, Richard 1993: Strukturen der Neuen Rechten in Westeuropa, in: Helmut Guggenberger/Wolfgang Holzinger (Hrsg.), Neues Europa - Alte Nationalismen. Kollektive Identitäten im Spannungsfeld von Integration und Ausschließung, Klagenfurt, S. 87-116.
- Stöss, Richard 1999: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (3. überarb. Aufl. 2000).
- Stöss, Richard 2000: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000, S. 101-130.
- Strothmann, Dietrich 1982: Nazis aller Länder, in: Gewalt von rechts. Beiträge aus Wissenschaft und Publizistik, hrsg. v. Referat "Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus" im Bundesministerium des Innern, Bonn: Hrsg., S. 259-288.
- Tauber, Kurt P. 1967: Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism Since 1945, 2 Bde., Middletown/Conn.: Wesleyan University Press.
- Thamer, Hans-Ulrich/Wippermann, Wolfgang 1977: Faschistische und neofaschistische Bewegungen. Probleme empirischer Faschismusforschung, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Erträge der Forschung, Bd. 72).
- Virchow, Fabian 1996: "... über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten". Von Auschwitzleugnern und anderen Geschichtsfälschern, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin: Elefant Press, S. 666-691.